Nr. 503. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 3,— Mk., monatl. 1,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Umbildung des Kabinetts.

Die Verhandlungen über die Umgestaltung des Kabinetts haben am Mittwoch sowohl in der Sache wie bezüglich der Ressorts zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut werden wird, das Ministerium des Innern, sowie das neue Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaues in Nordfrankreich und Belgien. Diesem Ministerium werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Abwicklung der Vorkriegsschulden und der Zwangsliquidationen, sowie der Entschädigung für unsere Handelsflotte zugewiesen. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsabgrenzung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten.

Auf Grund dieser Verständigung wird der Reichskanzler im Auftrag des Reichspräsidenten die in der Verfassung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen werden.

Minister Dr. David wird dem Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören.

Der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien tritt, wie früher, unter dem Vorsitz des Abg. v. Payer wieder in Tätigkeit.

•

Das „Berliner Tageblatt" glaubt berichten zu sollen, daß die Forderungen, auf deren Erfüllung die Demokraten für ihren Eintritt in das Kabinett bestanden haben, seitens der übrigen Parteien in allen wesentlichen Punkten bewilligt worden seien. Insbesondere sei den Demokraten in der Frage des Betriebsrätegesetzes entgegengekommen. Wie die P. P. N. von einem Beteiligten erfahren, widerspricht diese Darstellung des „B. T. dem Tatbestand. Von einem derartigen Kompromiß kann keine Rede sein. Es steht fest, daß die Sozialdemokraten von vornherein den vorliegenden Entwurf des Betriebsrätegesetzes als ein unantastbares Minimum erklärt haben, eine Erklärung, die von den Demokraten auch als selbstverständlich entgegengenommen worden ist. Die Darstellung des „B. T.", die von vornherein die wünschenswerte Koalition mit der Beugung unter gestellte Bedingungen belastet, kann nicht gerade als glücklich oder gar förderlich bezeichnet werden.

Der Rücktritt der Demokraten in die Regierung verschafft dieser wieder dieselbe breite parlamentarische Grundlage, wie sie unter der Ministerpräsidentschaft Scheidemanns vorhanden war. Im Ausland dürfte der Vorgang als ein Akt der Konsolidierung angesehen werden und den politischen wie wirtschaftlichen Kredit der deutschen Regierung steigern.

Innerpolitisch verliert zwar die Sozialdemokratie durch den Hinzutritt der Demokraten das absolute Uebergewicht im Kabinett, das sie während der Zeit der Alleinregierung mit dem Zentrum inne hatte. Aber dieser Verlust ist nur scheinbar, denn in einem Koalitionskabinett kann niemals nach Majoriäten regiert werden, sondern es muß stets auch auf die mitregierende Minderheit Rücksicht genommen werden. Daher konnte auch in der verflossenen Periode nicht einfach die sozialdemokratische Kabinettsmehrheit ihren Willen diktieren, denn dann wäre das Zentrum einfach aus dem Kabinett ausgetreten und dieses hätte keine Mehrheit mehr hinter sich gehabt. War also die Mehrheit unserer Partei im Kabinett bisher eine nur formale, so wird auf der anderen Seite jetzt die Position der Partei dadurch günstiger gestaltet, daß sie nicht auf die Mitarbeit einer einzigen Partei angewiesen und daher in geringerem Grade von deren Wünschen abhängig ist. In vielen Dingen kann der Hinzutritt der Demokraten bewirken, daß auf das Zentrum ein stärkerer Druck im Sinne einer freiheitlichen Kulturpolitik ausgeübt wird.

Natürlich bringt jedes Bündnis mit einer anders gearteten Partei neben Vorteilen auch Nachteile. Aber es ist zu begrüßen, daß unsere Partei in sozialpolitischer Beziehung absolut fest geblieben ist und namentlich das Betriebsrätegesetz als unantastbares Palladium der Arbeiterschaft erklärt hat, das durch das neue Bündnis nicht angetastet werden darf. Damit schwindet das Hauptbedenken, das vor kurzem noch an dieser Stelle gegen den Hinzutritt der bürgerlichen Demokraten geäußert wurde.

Im ganzen kann gesagt werden: Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ist für uns ein notwendiges Uebel, solange wir keine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament besitzen und die Unabhängigen auf ihrem Standpunkt der Opposition um jeden Preis beharren. Wir tun es nicht übermäßig gern, da es aber einmal geschehen muß, so ist ein Zusammenarbeiten mit zwei bürgerlichen Parteien, die ihre schädlichen Einflüsse zum Teil gegenseitig aufheben, der Zusammenarbeit mit nur einer von beiden vorzuziehen, weil dadurch sich das Verhältnis zu den einzelnen Parteien lockerer und weniger verbindlich gestaltet, während gleichzeitig die parlamentarische Basis eine breitere wird.

Eine gemeingefährliche Denunziation.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Reichswehrminister Noske hat am Dienstag im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung die Gründe dafür angeführt, daß die Reichswehr nicht, wie beabsichtigt war, bis zum 1. Oktober auf 250 000 Mann herabgesetzt werden konnte. Es sind dieses die unerwarteten Ereignisse in Oberschlesien, Westpreußen und Kurland. Die bolschewistische Gefahr für die heimatlichen Gebiete in Oberschlesien und Westpreußen machten es sogar notwendig, die dort stehenden Truppen zu verstärken. Ließ sich also auf deutschem Boden der geplante Abbau nicht durchführen, so machte es die unvorhergesehene Verzögerung des Rücktransports der außerhalb Deutschlands auf baltischem Boden stehenden Truppen der Regierung unmöglich, deren Verminderung in vorgesehenem Umfange durchzuführen. Der Reichswehrminister hat, nachdem er allgemein die „Vorgänge im Osten" als Ursache der Verzögerung bei der Herabsetzung unserer Heeresstärke anführte, zuerst von den „heimatlichen Gebieten", Oberschlesien und Westpreußen gesprochen, die eine zeitweise Vermehrung ihrer Truppenbesatzungen brauchten. Ueber Kurland dagegen, dessen Räumung energisch betrieben wird, und wohin mit deutscher Hilfe kein Soldat mehr gelangt, sprach er die Hoffnung aus, daß seine Druckmittel die dortigen Truppen veranlassen werden, auf schnellem Wege zurückzukehren.

Diesen klaren und eindeutigen Sachverhalt benutzt die „Freiheit" in Nr. 475 unter der Ueberschrift „Noske im Vorzellanladen" zu einer infamen Verdrehung. Indem sie die Bemerkung des Reichswehrministers von den Vorgängen im Osten, die ihn zwangen, statt abzubauen mehr Leute dorthin zu schicken, und die selbstverständlich, wie gezeigt, nur für Oberschlesien und Westpreußen gemeint war, in sinnwidriger Entstellung des kurzen Presseberichts auf Kurland bezieht, geifert sie:

> Mit diesem Eingeständnis hat die Regierung sich selbst gerichtet. Ihre Beteuerungen, daß sie alles getan habe, um die Räumung des Baltikums durchzuführen, und daß sie infolge ihrer Entwaffnung nicht in der Lage sei, ihren Befehlen an die kurländischen Truppen stärkeren Nachdruck zu verleihen, werden durch die Erklärungen Noskes Lügen gestraft. Was auch die Regierung weiterhin zu ihrer Entschuldigung vorbringen sollte, ist nun von vornherein als Täuschungsversuch gekennzeichnet.

Sinnentstellende Verdrehungen ist man bei diesem schieläugigen Sensations- und Revolverblatt ja nachgerade gewöhnt. In vorliegendem Falle handelt es sich jedoch um eine Perfidie von ganz besonderer Gemeingefährlichkeit.

Die „Freiheit" weiß, daß die Entente, um die rasche Räumung Kurlands zu erzwingen, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu unterbinden droht. Ebenso weiß sie, daß die Regierung alles in ihrer Macht liegende tut, um die um ihre Hoffnungen betrogenen renitenten Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie weiß auch, daß der Reichswehrminister energische Offiziere mit besonderen Vollmachten an Ort und Stelle geschickt hat, daß eine strenge Grenzsperre jeden weiteren Zuzug an Menschen und Material nach Kurland verhindert, und daß auf Leute, die die Grenze überschreiten, geschossen wird. Der „Freiheit" ist ferner bekannt, daß die nicht aus Kurland Zurückkehrenden ihrer Löhnungs- und Versorgungsansprüche verlustig gehen. Und doch wagt es sie, indem sie dem Reichswehrminister die Worte im Munde herumdreht, die Regierung der Hinterhältigkeit und des Doppelspiels zu verdächtigen. Was kümmert sie es auch, wenn die Ernährung des leidenden Volkes bedroht wird! Was geht sie es an, wenn das darniederliegende Wirtschaftsleben in noch größeres Siechtum versinkt! Was sind ihr die Interessen des deutschen Volkes, wenn es sich darum handelt, sich in blindwütigem Haß gegen die „Noskeregierung" auszutoben und der Regierung auf ihrem schwierigen Wege dauernd Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die Einwohnerwehren denunzierten die Unabhängigen als geheime Militärorganisationen und haben dadurch nicht geringe Beunruhigung, namentlich bei den Franzosen hervorgerufen, obwohl die Einwohnerwehren ihre polizeilichen Funktionen in aller Oeffentlichkeit ausüben. Immer wieder verbreiteten die Unabhängigen falsche Zahlen über die deutsche Heeresstärke. Noch unlängst hat Longuet in der französischen Kammer die Lüge Crispiens nachgebetet, daß Deutschland 1 200 000 Mann unter Waffen habe. Namentlich aber versuchten sie es, das Ausland aufzuhetzen durch ihr ewiges Geschrei von der drohenden Gegenrevolution aus dem Osten und dem doppelten Spiel, das die Regierung im Baltikum treibe. Der Zweck ist klar. **Der Machtfaktor, der verhindert, daß Deutschland von den Unabhängigen zu einem bol-**

Heute keine Versammlungen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat an die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes folgendes Schreiben gerichtet:

> In der „Freiheit" vom 30. September 1919 sind 30 Versammlungen der organisierten Arbeiter Groß-Berlins vom Metallarbeiterverband einberufen. Diese Versammlungen sind nicht angemeldet und genehmigt, sie sind daher unzulässig und müßten nach den bestehenden Bestimmungen verhindert werden. In der selbstverständlichen Ueberzeugung, daß dem Metallarbeiterverband der Wille einer Verletzung der Verordnungen des Oberkommandos fern liegt, ersuche ich ergebenst, die geeigneten Schritte zu tun, um die Versammlungen nicht stattfinden zu lassen. Gegen gleichwohl stattfindende Versammlungen unter freiem Himmel müßte eingeschritten werden. Eugen Ernst.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes setzt als selbstverständlich voraus, daß die Arbeiterschaft sich unter keinen Umständen provozieren lassen und die nötige Ruhe bewahren werde.

Das „8-Uhr-Abendblatt" erhebt ein großes Sensationsgeschrei über einen bevorstehenden Putsch im Zusammenhang mit dem Metallarbeiterstreik und über die zu seiner Verhinderung angeblich getroffenen Maßnahmen. Es besteht gar kein Grund, anzunehmen, daß die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins sich von irgendeiner Seite davon abbringen lassen könnte, die Erfüllung ihrer Forderungen auf anderem als friedlichem Wege anzustreben. Wir haben in diesem Jahre wahrhaftig genug erlebt, als daß nicht jeder wissen sollte, wohin der törichte Gedanke und seine Betätigung führt, in dem niedergebrochenen Deutschland die erprobten Wege der gewerkschaftlichen Taktik zu verlassen. Die Lage für uns alle ist ernst genug; es ist ungebührlich, sie durch sensationelle Aufbauschungen noch zu verwirren. Nur der entschlossene Wille aller Volksteile, zu arbeiten und zu produzieren und im Verhandlungswege die jeweils besten Bedingungen dafür zu sichern, kann uns wieder vorwärts bringen.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Wie wir von vielen Seiten hören, wird wieder einmal in den Werkstätten mit dem Gedanken gespielt, die 30 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufenen Versammlungen zu Straßendemonstrationen zu benutzen und die Arbeiter, die die Arbeit fortsetzen, mit Gewalt zur Arbeitsniederlegung zu zwingen, ebenso den Verkehr der Straßenbahn zu verhindern. Da leider die früheren Ereignisse gezeigt haben, daß eine gewisse Schicht nur allzu leicht geneigt ist, auch solche Gedanken in die Tat umzusetzen, und daher befürchtet werden muß, daß es auch heute zu Gewalttätigkeiten und Aufläufen kommt, ersuchen wir unsere Parteigenossen, sich von allen Demonstrationen, Aufläufen und Krawallen fernzuhalten. Der Bezirksvorstand.

*

Es wird die Nachricht ausgesprengt, daß die Versammlungen auf Betreiben Schlickes doch genehmigt seien. Das ist Schwindel; mit den maßgebenden Stellen hat kein Mensch über eine Genehmigung der Versammlungen verhandelt.

Vorläufige Ratifikation in Italien.

Da die Ratifikation in Italien nicht bis nach den Kammerwahlen hinausgeschoben werden kann, so wird der Friedensvertrag vorläufig durch ein königliches Dekret genehmigt werden. Sofort nach der Veröffentlichung dieses Dekretes, das Garantien für die nachfolgende Ratifizierung in der Kammer enthalten dürfte, werden die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Zentralmächten wieder aufgenommen werden.

Das Kabinett begründet die Auflösung der Kammer mit dem Hinweis auf die lange Legislaturperiode und die geringe Wahrscheinlichkeit, die Ratifikation vor dem 26. Oktober vorzunehmen. In dem Bericht an den König wird darauf hingewiesen, daß die Friedensverträge von 1859, 1860 und 1866 ebenfalls erst nachträglich vom Parlament ratifiziert wurden.

schewistischen Tollhaus gemacht werde, soll, wenn möglich, mit Hilfe der Alliierten zerschlagen werden.

Leider hat dieses landesverräterische Treiben in der noch immer nicht gewichenen Atmosphäre allseitigen Mißtrauens namentlich bei den Franzosen nur zu viel Erfolg gehabt. Trotz grundverschiedener Motive finden sich der „Populaire" und der „Temps" zusammen in dem Wunsch, Deutschland völlig wehrlos zu machen. Während die einen bezwecken, Deutschland dem Bolschewismus ans Messer zu liefern, fürchten die anderen selbst von einer noch so unbedeutenden deutschen Truppenmacht Gefahren.

Nun kann nicht oft und laut genug betont werden, daß die deutsche Regierung schon aus finanziellen Gründen gern auf jeden Mann, den sie entbehren kann, verzichtet. Wie bei der Durchführung des Friedensvertrages im allgemeinen, so ist sie auch bei der Herabminderung des Heeres bemüht, das Diktat der Entente in loyalster Weise zu erfüllen und ihr mit absoluter Offenheit jeden gewünschten Einblick in unser Heerwesen zu gewähren. Selbstverständlich soll auch in Zukunft der Versuch gemacht werden, mit 100 000 Mann Reichswehr auszukommen. Aber die Ehrlichkeit gebietet, es schon jetzt offen auszusprechen, daß es schlechterdings unmöglich erscheint, diese Verkleinerung bis zum 1. April 1920 durchzuführen. Infolge der Kohlennot und der mit ihr verbundenen Arbeitslosigkeit gehen wir einem sehr schwierigen Winter voll unberechenbaren Möglichkeiten entgegen. Deshalb wäre es dringend erwünscht, wenn wenigstens vom 1. Januar 1920 ab nicht mehr wesentlich an den Beständen der Reichswehr gerührt zu werden brauchte. Abgesehen davon, daß dadurch die Ziffern der Arbeitslosen fortgesetzt anschwellen müßten, würde eine rasche Verminderung auch die bestehenden Verbände zerreißen und in ihrer Verwendungsfähigkeit beeinträchtigen.

Infolge der Verzögerung der Ratifizierung des Friedensvertrages war es bisher leider nicht möglich, mit den Vertretern der Alliierten in Verbindung zu treten. Sehr viele Mißverständnisse hätten sich dann leichter beseitigen lassen. Inzwischen ist die Vorkommission der alliierten Ueberwachungskommission unter Führung des französischen Generals Nollet eingetroffen und auch General Dupont am 1. Oktober aus Paris zurückgekehrt. In dem bisherigen Zustand allgemeinen Mißtrauens konnte das Gift der „Freiheit" leider nur zu sehr wirken. Wir zweifeln jedoch nicht daran, daß sehr bald, nachdem die offiziellen Beziehungen und ein regelmäßiger Gedankenaustausch aufgenommen sein werden, die Alliierten sich davon überzeugen werden, wie unangebracht aller Argwohn gegenüber Deutschland ist. Dann wird sich auch zeigen, daß die Lügen der „Freiheit" kurze Beine haben.

Auf die Dauer wird sich auch das ängstlichste Gemüt auf Seiten der Entente der Einsicht nicht verschließen können, daß 200 000 bis 300 000 Mann deutscher Reichswehr für niemand in der Welt eine Gefahr bilden, daß dazu aber gegenwärtig 100 000 Mann werden könnten, denn diese dürften augenblicklich kaum in der Lage sein, die Flut des Bolschewismus aufzuhalten. Ein bolschewistisches Deutschland jedoch bedeutet eine Katastrophe für das gesamte Abendland.

Die „Freiheit" gesteht!

Gestern noch auf stolzen Rossen . . . Gestern noch Geschrei über Lüge, Verleumdung und Entstellung des „Vorwärts" — heute ein halb trotziges, halb verlegenes Geständnis! Diesen Umschwung in der Haltung der „Freiheit" haben die Zitate hervorgebracht, die wir in der Mittwoch-Morgennummer aus der französischen sozialistischen Presse veröffentlichten.

Wer freilich das verlegene Gestammel in der Mittwoch-Abendausgabe der „Freiheit" liest, der bekommt keine Vorstellung, um was sich die ganze Auseinandersetzung eigentlich dreht. Die alte Taktik, hinter Schimpfworten die absolute Ratlosigkeit zu verbergen, feiert Triumphe. Die „Freiheit"-Leser erfahren, daß die Redakteure des „Vorwärts" einfältige Pinsel sind, was aber diese „Pinsel" eigentlich der Welt mitgeteilt haben, wird schamhaft verschwiegen.

Wir rekapitulieren kurz: Wir haben festgestellt, daß die französischen Sozialisten die völlige Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Mann und zur letzten Kanone fordern, mit der Absicht oder mindestens Nebenabsicht, dadurch den Sieg eines unabhängig-kommunistischen Putsches zu fördern, wir haben weiter festgestellt, daß ihnen als Material für diese Kampagne die von den deutschen Unabhängigen verbreiteten Lügen über die angebliche Stärke der deutschen Wehrmacht dienen. Die „Freiheit" begeifert das als Schwindel, Lüge usw. Wir bringen darauf ein klares und eindeutiges Zitat aus einem Leitartikel des „Populaire", in dem die französische Partei aufgefordert wird, eine große Kampagne zur völligen Entwaffnung Deutschlands zu unternehmen, denn ihr könnte es doch nur lieb sein, wenn auf diese Weise die „Republik Scheidemann" in Trümmer gehe und die Unabhängigen und Kommunisten in den Sattel gehoben würden.

Natürlich hat die „Freiheit" nicht den Mut, ihren Lesern auch nur die Existenz dieses „Populaire"-Artikels, geschweige denn seinen Inhalt oder gar Wortlaut zu verraten. Dafür beschuldigt sie uns, daß wir keine Ahnung vom Inhalt der französischen Presse hätten. Mehr offenbar, als der „Freiheit" lieb ist! Aber da sich nun gegen unsere Feststellungen nichts sagen läßt und die „Freiheit" auch den Crispienschen Schwindel in Luzern nicht ableugnen kann, so bequemt sie sich zu folgendem Geständnis:

> **Nun wollen wir den Noske-Nationalisten gegenüber gar kein Hehl daraus machen, daß, wenn wir Gelegenheit gehabt hätten, uns mit den französischen Genossen darüber zu verständigen, wir sie sicher nicht davon abgehalten hätten, die genaue Einhaltung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages zu fordern, die uns weitaus die beste dünkt. Nämlich die Einschränkung der Wehrmacht auf das für Polizeizwecke nötige Maß.**

Na also! Warum denn dann erst das große Theater moralischer Entrüstung?! Es ist doch eine merkwürdige Taktik, erst mit großem sittlichen Pathos eine Tat abzuleugnen, um nachher zu erklären, man hätte sie ganz gern ausgeführt, wenn man nur Gelegenheit dazu gehabt hätte! Nur soll uns die „Freiheit" nicht erzählen, daß es den Unabhängigen an Gelegenheit gefehlt hat, sich mit den französischen Sozialisten zu verständigen! Ist man denn in Amsterdam und Luzern nicht miteinander zusammengekommen? Und nun beachte man: Die Gelegenheit war reichlich da. Die „Freiheit" sagt: „Wenn wir die Gelegenheit gehabt hätten, hätten wir es getan." — Wer glaubt nun, daß sie es nicht getan haben?!

Die Lebensmittelnot im Saargebiet.

Die bekannten unhaltbaren Zustände auf dem Lebensmittelmarkt im Saargebiet, die sich durch die willkürliche Herabsetzung der Mark herausgebildet hatten, waren in den letzten Tagen Gegenstand von Besprechungen der Militärverwaltungs-Landräte und Bezirksamtmänner des Saarlandes bei dem Obersten Militärverwalter des Saargebietes in Saarbrücken. Das Resultat dieser Besprechungen war, daß der Oberste Militärverwalter anordnete, daß die Zuschüsse der Kommunalverbände zur Verbilligung der französischen Lebensmittel beibehalten werden. Ferner sollen im Auftrage der französischen Verwaltungsgebäude vereidigte Bücherrevisoren die Bücher und die gesamte Geschäftsführung der Kommunalverbände bezüglich der Lebensmittel aus französischen Lieferungen prüfen.

Sozialdemokratie und Antisemitismus.

Vom Genossen Georg Landsberg-Breslau erhalten wir folgende Zuschrift:

„Folgende Angelegenheit, bei der nach meinem Gefühl persönliche, publizistische und politische Reinlichkeit in gleicher Weise interessiert sind, zwingt mich, den „Vorwärts" um ein wenig Raum zu bitten.

August Winnig, der jetzige Oberpräsident von Ostpreußen, veröffentlicht in Nr. 16 der „Glocke" einen Artikel: „Glossen zur Ratifizierung", in dem er den Sozialdemokraten jüdischer Abstammung zumutete, sich in allen Fragen, die nationale Gefühle des deutschen Volkes berühren, zurückzuhalten, weil ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt sei.

Da kein anderer antwortete, so hielt ich mich für verpflichtet, der Katze die Schelle umzuhängen, indem ich in Nr. 20 der „Glocke" Winnigs Rassentheorie kritisierte und ihn an die Seite der Antisemiten stellte.

In Nr. 22 trat Winnig zu längerer Antwort an. Zunächst ließ er sich von einem ungenannten Parteigenossen den Mut bescheinigen, der ihn, wohl gegenüber der Alliance israelite, zu seinen Schriftleistungen beseelt hätte. Dann aber spielte er den nationalen Otto Landsberg gegen mich aus und überhäufte mich mit Schmähungen, weil ich seinem Anspruch an Patriotismus nicht genüge.

Max Schippel hat vor Jahren melancholisch über gewisse Parteidiskussionen geäußert, sie fängen bei der Weltanschauung an und endeten in der Gosse. Antisemitische Darlegungen wie die Winnigs bleiben von vornherein der Gosse treu. Ich verzichtete selbstverständlich, denselben Ton anzuschlagen und sandte der „Glocke" beifolgende kurze Erwiderung, die bemüht ist, das sachliche Ergebnis der Debatte herauszuarbeiten.

Unter dem 27. v. M. teilt mir die Redaktion mit, daß sie die Diskussion als abgeschlossen betrachten möchte.

Ich verzichte darauf, gegen diese merkwürdige Auffassung herausgeberischer Anzuträglichkeit zu polemisieren. Da mir aber der ganze Vorfall als Beitrag zu der Frage „Antisemitismus und Sozialdemokratie" nicht ganz unerheblich zu sein scheint, wäre ich dem „Vorwärts" dankbar, wenn er meine Erklärung veröffentlichte."

Wir kommen dieser Bitte nach. Die abgelehnte Entgegnung lautet:

„Herr Winnig gibt zu, daß er kein Rassentheoretiker ist. Das ging aus seinem Aufsatz klar genug hervor. Jedenfalls freut mich, daß er seine Unzulänglichkeit auf diesem Gebiete jetzt selbst einsieht.

Weniger fortgeschritten ist die Selbsterkenntnis Winnigs in Fragen der praktischen Politik. Er „weiß sich von jeder antisemitischen Regung frei". Und hat doch in Nr. 16 der „Glocke" unseren Genossen jüdischer Abstammung zugemutet, „sie sollten darauf verzichten, dem deutschen Volke da ihren Rat zu erteilen, wo ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt ist". Kurz gesagt: jeder deutsche Jude soll sich als Deutscher, und wenn er Sozialdemokrat ist, als Parteigenosse zweiten Ranges fühlen und verhalten.

Mit anderen Worten steht das auch in jedem antisemitischen Programm. Die Treub (in den „Eisernen Blättern") und Bruhn (in der „Wahrheit") wissen schon, warum sie Winnig als Retter begrüßt haben.

Winnig tut mir die Ehre an, mich als Typus der ihm unsympathischen Juden zu behandeln. Er irrt. Ich bin ein kleiner Vorstadtarzt in einer zurückgebliebenen Großstadt, habe niemand hinter mir, niemand um mich. Winnig selbst bezeugt mir mit seiner hilflosen Raserei, wie unbekannt ich ihm bin. Aber ich glaube wie Tausende anderer deutscher Juden nach bestem Ermessen schweigend meine Pflicht als Deutscher getan zu haben. Und deshalb sehne ich mich gegen einen Angreifer auf, der mir diese Selbstverständlichkeit abspricht.

Winnig zitiert Ludwig Frank und Otto Landsberg. Beide Juden, als nationale Politiker. Ich nenne als Nichtjuden Gerlach, Förster, Lichnowsky, Mühlon, den Kreis der Berner „Freien Zeitung", die wohl auch Winnig nicht so ganz in seinen Sinnen natio-

Hans Thoma.

Am 2. Oktober wird Hans Thoma, der Altmeister der deutschen Maler, der immer noch schafft und uns eben erst in einer kleinen Schrift „Wege zum Frieden" (E. Diederichs, Jena) trostvolle Betrachtungen gespendet hat, 80 Jahre alt. In all dem wild aufgärenden Gebrodel unserer Zeit steht er ruhig da: ein Bild in sich gefestigter Kraft und Geschlossenheit.

„Wenn wir nun arm zu nennen sind an materiellen Gütern, das soll uns die Freude an der Arbeit nicht verleiden. Es ist bewiesene Tatsache, daß man arm und dabei fröhlich sein kann... Wir müssen auch in die Zukunft hinein weitsichtig werden wie das Alter über die Gegenwart hinweg, in der Hoffnung auf neue Jugend, in der deutsches Wesen, zu unvergänglicher Klarheit geläutert, wieder aufersteht. Im Volksleben muß man mit Geschlechtern rechnen und muß über Persönlichkeit und Gegenwart hinwegsehen, der Blick in die Weite gibt uns die so notwendige Gelassenheit und Seelenruhe, das Ungemach der Gegenwart zu ertragen." So spricht der Achtzigjährige.

Hans Thoma ist geflissentlich als der deutscheste der deutschen Künstler gepriesen und als Bannerträger einer nationalen Volkskunst ausposaunt worden. In seiner schlichten Art hat er solchen Ehrgeiz von sich gewiesen. Er ist ein wackerer Malersmann, der sich in steter Entwicklung gefunden und seine besondere Art ausgewirkt hat. Diese Art freilich ist tief verwurzelt im bäuerlichen deutschen Volkstum, das künstlerisch gesteigert und verfeinert in ihm zum Ausdruck kam. Thoma selbst hat alles nötige darüber gesagt: „Die Natur hat mir gute Augen zum Sehen und Schauen mitgegeben. Von den Eltern erbte ich Ausdauer im Arbeiten und Geduld, das große Erbgut der Armen. Als besonderes Mutterverbe wurde mir ein reicher Schatz von Phantasie und Poesie in den einfachen Grundformen, wie sie noch im Volke lebt."

So ausgerüstet hat der Bauern- und Handwerkersproß — er stammt aus Bernau im südlichen Schwarzwald — selbst seinen Weg suchen müssen. Er ist bei einem Lithographen und später bei einem Uhrenschildmaler in die Lehre gegangen und hat also auch handwerkliche Tradition übernommen. Von früh auf hat sich sein Talent angeregt, so daß man auf ihn aufmerksam wurde und ihn schließlich mit 20 Jahren auf die Karlsruher Akademie schickte. Wie so vieles im Leben, hat er den Drill ohne Gefahr überstanden und dann den schweren Weg des Künstlers gehen müssen, der ohne den festen Anhalt einer Schule und ohne die materielle Stütze von Aufträgen sich durchfretten, bis er Freunde findet, die ihn verstehen. In diesen Wander- und Lehrjahren hat Thoma starke Anregungen, besonders auch französischer Kunst, in sich aufgenommen; dieser deutsche Maler hat wie Dürer nach guter deutscher Art sich europäisch orientiert. Die Landschafterschule von Fontainebleau und besonders der urwüchsig-kraftvolle Courbet, der Entdecker der Alltagsschönheit, haben stark auf ihn gewirkt. Als er nun in Karlsruhe und München auszustellen begann, wurde er von den Kunstvereinsphilistern in den Bann getan. Ja, der später so gefeierte und populäre Thoma war wegen seiner realistischen Malerei als „Sozialdemokrat" verschrien und dauernd unverkäuflich. Er hat später in seinem schönen Plauderbuche „Im Herbste des Lebens" mit Humor davon erzählt. Es ist heut besonders zeitgemäß, daran zu erinnern, wo dieselbe Unduldsamkeit sich gegen die jüngste Kunst breitmacht. Wer die Welt anders schaut und gestaltet, als es die Zeitgenossen gewohnt sind, wird zwar immer Widerstände überwinden müssen. Aber der Ausgleichsprozeß kann ohne Gehässigkeit und Bitterkeit vor sich gehen. Thoma mußte fünfzig Jahre alt werden, bis die andern mit seinen Augen sehen gelernt hatten. Dann kam rasch der Ruhm und die Popularität und das Wirken ins Breite. Er wurde nun museumsreif (in Karlsruhe, wohin er als Galeriedirektor berufen wurde, gibt es ein eigenes Thoma-Museum) und die Bücherschreiber bemächtigten sich seiner: er wurde Zielscheibe und Schild im Kunstkampfe. Auch das hat nun wieder abgebebt und heute wissen wir ungefähr, was wir an dem alten kleinen Mann mit dem starken Kopf und den feinen Zügen haben. Es ist ein herzliches Gutsein mit ihm, das viel wertvoller ist denn die Verhimmelung.

Thoma ist immer ein Eigener und Abseitiger gewesen. Darum hat er bei aller Berührung mit den Zeitgenossen etwas Zeitloses. Wenn man wollte, könnte man ihn heute besonders „modern" finden, da er, wie die Expressionisten, nicht die Natur abgeschrieben, sondern in sich neu geboren, seinen Kunstzwecken untergeordnet und mit allerlei guten Gaben aus seiner Phantasie ausgestattet hat. Er ist wie Böcklin ein Dichter-Maler, wenn auch seine Poeterie hausbackener, derber, erdischer gerichtet ist. In seinen Mappen und Wandblättern, in seinen Kalendersachen ist viel altes volkstümliches Gut wieder lebendig geworden. Aber so schöpferisch und vielseitig er seine Welt gestaltet, so stark er sein Innenleben zum Ausdruck bringt, so hat er doch den fruchtbaren Anschluß an die Natur nie aufgegeben. Unermüdlich hat er ihren unerschöpflichen Formenreichtum in sich aufgenommen, um nachher frei mit diesem Schatz zu wirtschaften. Wie die alten deutschen Meister hat er die Andacht zum Kleinen und Kleinsten. Jeden Grashalm und Stein hat er voll Ausdruck gefunden und mit frischen Sinnen sich liebevoll in die Natur versenkt. (Seine köstlichen Zeichnungen im Besitz der Nationalgalerie legen Zeugnis davon ab.)

Neue Generationen sind herangewachsen, neue Klassen, die den Traditionen des Bauerntums entfremdet sind, heraufgestiegen. Diesen sagt Thoma heute am meisten in seinen Landschaften und reinen Stimmungsbildern. Hier hat er uns sein Bestes gegeben: seine Innerlichkeit, seine Frohheit und vor allem auch seine Malerqualität. Als Südwestdeutscher hat er vorzüglich die heitern Landschaften des Oberrheins, des Schwarzwaldes, des Taunus gemalt. Raumweite und sonniges Gefühl strömt aus ihnen: wir werden frei und leicht davon. Schöpfer und Schöpfung sind völlig eins geworden, es klingt uns die frohe Botschaft von der Alleinheit alles Seienden aus Baum und Wiese und Bach. Der Geist des deutschen Volksliedes ist hier Anschauung geworden; wie eine holde Musik umfängt uns der Zauber deutscher Heimat. Der Maler Thoma ist es nirgends mehr als in der Landschaft. Nirgends hat er feinere Tonwerte, größere Harmonie, leichteren Rhythmus und freiere Uebersetzung der Natur. Wer den Maler Thoma, der auch ein gediegener Terboiker ist, kennen lernen will, der soll ihn hier erspüren.

Mit Hans Sachsens Ruf sei uns der Alte in Karlsruhe heute gegrüßt:

Ehrt eure deutschen Meister,
dann bannt ihr gute Geister!

K. H. D.

Geld und Kunst. Der Künstler nach alter Auffassung, der Verwalter göttlicher Gaben, ist durch den Kapitalismus völlig umgezüchtet worden. Er ist vielfach zum Mammonsjäger und gleichzeitig zum Sklaven der goldspendenden Kapitalistenschicht geworden. Ein in ihrer Art klassisches Beispiel dafür ist die eben verstorbene Patti. Nicht minder gut wie auf Singen verstand sie sich auf Reklame, und sie wußte sich mit einer unerhörten Sphäre von Pracht und Luxus zu umgeben. Ein Beweis dafür, was sie forderte und was sie fordern konnte, sind die 96 Bedingungen, die sie in den Verträgen bei ihren Konzertturneen stellte. Danach verlangte sie nicht nur für jedes Konzert 20 000 M. und wenn die Einnahmen größer waren, die Hälfte der ganzen Einnahme, sondern die Reise in einem eigenen Luxuszug für sie, ihren Gatten, ihre Dienerschaft, ihre Hunde, Vögel usw., zwei eigene Köche, die nur für sie Mahlzeiten bereiten durften, in jeder Stadt Tag und Nacht zwei Wagen zu ihrer Verfügung usw. Ein Impresario, von dem sie einmal 50 000 Dollar für einen Monat verlangte, wendete ein, daß ja das Jahreseinkommen des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht mehr betrage, worauf die Patti erwiderte: „Nun, dann lassen Sie den billigeren Präsidenten singen." Schon 1877 hatte man ausgerechnet, daß sie sich 12½ Millionen Frank ersungen hatte. In den Jahren 1861—1890 hat sie jährlich 5—600 000 M. eingenommen.

Kapitalisten werden das ganz in der Ordnung finden und mancher Künstler hat diesen Goldregen als Triumph, ja Befreiung der Kunst gefeiert. Daß die Kunst nichts dabei gewinnt, ja verversiert wird, schiert diese Lobredner wenig. Die Patti, zur Rede gestellt, warum sie Wagner nicht sänge, mußte gestehen: „Meine Bewunderung für Wagner ist groß. Aber ich darf meiner Stimme keine anderen Dinge zumuten, als die ihr seit langer Zeit zur Gewohnheit gewordenen. Außerdem will das Publikum von mir immer nur dieselben Sachen hören; möchte ich neue Sachen singen, so besteht das Publikum auf den alten." So steht die „Freiheit" der goldverklärten Kunst aus.

Die Ausstellung: „Arbeit und Kultur in Oberschlesien" wurde Dienstag mittag in Breslau im Beisein des Reichskanzlers eröffnet. Sie gibt in 55 Räumen eine bis ins kleinste gehende Darstellung der Entwicklung Oberschlesiens von der Völkerwanderung bis in die jüngste Gegenwart. Den schlesischen Dichtern Eichendorff und Gustav Freytag sind besondere Räume gewidmet, ebenso den oberschlesischen Malern der jüngsten Generation. Das gesamte oberschlesische Kulturleben (Kunst, Wissenschaft, Industrie) wird mustergültig veranschaulicht.

Im Opernhaus werden Donnerstag wegen mehrfacher Erkrankungen statt „Rappelkopf" „Hoffmanns Erzählungen" gegeben.

Theater. Im Theater in der Königgrätzer Straße findet die erste Aufführung von Strindbergs phantastischem Drama „Ein Traumspiel" am 10. Oktober statt.

Eine Gustav Mahler-Woche veranstaltet die Konzert-Leitung Hans Adler im kommenden Frühjahr. Sämtliche Sinfonien und Lieder des Meisters werden zur Aufführung gelangen.

Ein „Opernkabarett" will Felix Weingartner in Wien im Anschluß an die Wiener Volksoper gründen. Es sollen darin heitere Opern-Kammerspiele veranstaltet werden.

Das Luftschiff „Bodensee" hat während des Betriebes zwischen Berlin und Friedrichshafen vom 21. August bis 28. September 1300 Personen (einschließlich Besatzung) befördert. Bei 30 Fahrten legte es in 208 Stunden 20 000 km zurück.

nal erscheinen werden. Genügen ihm die Namen? Oder verlangt er mehr? Und meint er nicht schließlich auch, daß es in der hoch differenzierten Volksgemeinschaft von heute nur einen Standpunkt gibt, der eines vorurteilslosen Menschen würdig ist: jeden einzelnen nach seiner Leistung und nach seiner Haltung zu bewerten?

Das nämlich scheint mir des Pudels Kern zu sein. Die deutsche Reaktion braucht volkstümliche oder demagogische Mittel, um die Massen hinter sich zu bringen. Das wirksamste derartige Mittel ist der Antisemitismus. Ist es Sache eines sozialdemokratischen Führers, vielleicht gestützt auf vorschnell verallgemeinerte subjektive Eindrücke, der Reaktion dabei in die Steigbügel zu helfen?"

Bauer zur oberschlesischen Frage.

Die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien" wurde heute mittag im Ausstellungsgebäude der Stadt Breslau auf dem Ausstellungsgelände eröffnet.

Nachdem Oberpräsident Philipp die Vertreter der Behörden und die Gäste namens des Zentral-Volksrates herzlich willkommen geheißen hatte, hielt Reichskanzler Bauer eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: In diesen Monaten, wo die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Verbande des deutschen Vaterlandes durch die Bedingungen eines harten Friedens in die Schwebe gestellt ist, gehen die Gedanken aus allen anderen Teilen Deutschlands tausendfach in diese Ecke der Heimat. Das Bewußtsein von dem, was oberschlesische Arbeit und Kultur für Deutschland bedeutet, ist dadurch im ganzen Volke heute so lebendig, wie vielleicht niemals zuvor. Aus dieser Stimmung entspringt von selbst der Wunsch in vielen Herzen, einen lebendigen Ueberblick über die Entwicklung und Zugehörigkeit Oberschlesiens vor Augen zu sehen. Diesen Wunsch haben Sie mit dieser Ausstellung zu erfüllen unternommen und das kann ich Ihnen nur im Namen des ganzen deutschen Volkes herzlichst danken.

„Arbeit und Kultur in Oberschlesien", so haben Sie diese Ausstellung genannt. Für mich, der ich den besten Teil meines Lebens der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewidmet habe, hat das Wort „Oberschlesische Arbeit" einen besonderen Klang. Wir sehen an Oberschlesien in einem leuchtenden Beispiel, was die zusammengefaßte menschliche Arbeit aus einem Boden hervorbringen kann, der nur gibt, wenn er bezwungen wird, und was sie aus diesem Boden hervorgebracht hat. Oberschlesische Kultur: sie zeigt, daß zur Arbeit der Hände Geist und Liebe hinzutreten müssen, damit etwas Ganzes werde. Sie zeigt, wie jeder Volksteil, so eng er auch mit dem andern verwachsen ist, seine schöne Eigenart hat, die er in sich selbst pflegen muß im Rahmen des Ganzen.

Die Ausstellung wird, das weiß ich gewiß, nebenher wieder einmal deutlich zeigen, daß oberschlesische Arbeit und Kultur deutsch gerichtet waren und sind. Die Oder fließt durch Deutschland zum Meer, und die Oder hinauf und herab ist seit Urzeit Handel und Verkehr gegangen, und so haben sich Kultur und Arbeit Oberschlesiens mit Kultur und Arbeit des deutschen Volkes verbunden.

An dem Fortbestand dieser alten natürlichen Zusammenhänge haben alle ein Interesse, die in Oberschlesien wohnen. Da müssen wir unsere kleinen und großen Streitigkeiten untereinander einmal etwas ruhen lassen und recht einig zusammenstehen für unser Recht und unsere Zukunft.

Soweit die Abstimmung unsere Sache ist, wollen wir sie mit gerechten Mitteln vollziehen. Weder Gewalt noch Verleumdung soll unsere Waffe sein. Dem Angriff unserer Gegner wollen wir ohne Haß begegnen. In Oberschlesien sollen auch die Angehörigen fremder Volksstämme unbehelligt leben und ihre ideellen Güter fördern und pflegen. Die neue, freie deutsche Verfassung bietet dafür die Gewähr, und die freie Entscheidung, die jetzt die Preußische Landesversammlung zugunsten einer großen Selbständigkeit Oberschlesiens gefällt hat, ist ein schönes Pfand der neuen Zeit.

Wir alle wollen die Mahnung beherzigen, einig zu sein, wo es sich um das Schicksal unseres Landes handelt. Wir Deutsche in Ost und West, in Nord und Süd, werden jedenfalls unser Oberschlesien nicht vergessen. Oberschlesien soll auf das ganze Deutsche Reich zählen dürfen in der Stunde der Gefahr und der Entscheidung und in den hoffentlich ewigen Zeiten der künftigen Zusammengehörigkeit.

Baldige Rückkehr aus Frankreich.

Wie die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet, hat die Schweizerische Gesandtschaft in Paris offiziell mitgeteilt, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen alsbald nach der Ratifizierung des Friedens in die Heimat zurücktransportiert werden.

Da die Ratifizierung wahrscheinlich in den nächsten Tagen vollzogen wird, kann somit mit einem baldigen Abtransport gerechnet werden. Die deutsche Regierung wird dann selbstverständlich alles tun, um den Abtransport, soweit dies irgend in ihrer Macht liegt, zu beschleunigen.

*

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß in den Tagen vom 24. bis 30. September im ganzen 62 428 Heimkehrer in den Durchgangslagern eingetroffen sind.

Zu den Transporten aus englischer Hand sind seit dem 17. September Transporte aus amerikanischer Hand hinzugekommen. Die Gesamtzahl der uns seit der Note der Alliierten vom 29. August zurückgegebenen Kriegsgefangenen beläuft sich auf rund 180 000 Mann.

„Baltenland".

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Schützen-Regiment „Baltenland"

R. St. Qu. Grenzthal, d. 26. 9. 19.

An die Schriftleitung des „Vorwärts", Berlin.

Der Artikel in der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 10. 9. 19 „Die baltische Fronde. Monarchistische Treibereien unter den Osttruppen" ist verspätet zur Kenntnis des Regiments gekommen. Er bedarf der Richtigstellung.

Es war zu erwarten, daß das Schützen-Regiment „Baltenland" in dem Ruf steht, monarchistische Propaganda zu treiben, da es auf Zucht und Ordnung, Ehre und Reputation hält, also auf Dinge, die eine Eigentümlichkeit des alten Regimes waren. Das Regiment sieht in erster Linie seine Aufgabe darin, seine Angehörigen dazu anzuhalten, ihre Pflicht als ehrliebende preußische Soldaten zu tun und hierin alle Kräfte anzuspannen. Eiserne Manneszucht hat dem Regiment im Baltikum eine geachtete Stellung geschaffen. Sofortige Entfernung von Spielern, Schlappschwänzen und solchen, die etwas auf dem Kerbholz haben, ist im Dienst des guten Ansehens und der Selbstachtung des Regiments und des einzelnen erforderlich und wird rücksichtslos durchgeführt. Politisch mag jeder nach seiner Fasson seelig werden. Von dem Freudenmahl im Offizier-Kasino, dem nächtlichen Marsch mit Musik durch die Stadt und dem Huldigungstelegramm ist hier nichts bekannt. Wahrscheinlich ist dies in dem Wunsche, sensationell zu sein, Fantasie des Einsenders.

Klinghammer,
Hauptmann u. Rgt.-Kdr.

Der Stil, in dem dieses Schreiben abgefaßt ist, läßt es mehr als eine Bestätigung denn als eine Berichtigung erscheinen.

Beilegung der Krise im Zeitungsgewerbe.

In der Versammlung der Angestellten des Zeitungsgewerbes im Schultheiß, Hasenheide, berichtete Dr. Pfirrmann über den Stand der Verhandlungen. Die Arbeitgeber hätten auf die gestrige Resolution geantwortet, daß sie die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen hätten und daß sie der Entscheidung des Ministers nicht vorgreifen könnten.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Regierungsrat Dr. Bühler, machte folgenden Vorschlag: die beiden Gewerkschaftsbünde und die Vereinigung leitender Angestellter werden zu den Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrags als Mundanwalt zugelassen, falls sie sich von vornherein auf die Verhandlungsbasis des Entwurfs des Zentralverbandes festlegen. Die genannten Verbände können nach Abschluß des Vertrages als Vertragspartei auftreten und eine Beteiligung in den Schlichtungsinstanzen verlangen, wenn ein dahingehender Wunsch ausgedrückt wird.

Bublitz (Zentralverband) empfiehlt die Annahme des Vergleichsvorschlages. — Fritz Schmidt griff die Vereinigung leitender Angestellter an. Sie sei eine Streikbrecherorganisation und er könne nicht damit einverstanden sein, daß diese Organisation mit in die Schlichtungsinstanzen hineinkomme. Der Vorschlag der Regierung könne nur dann angenommen werden, wenn die Verhandlungen heute morgen beginnen, so daß am Freitag das Resultat bekanntgegeben werden kann. Auch Pfirrmann empfiehlt die Annahme des Vorschlages. — Eine Resolution, die erklärt, daß die Angestellten schwere Bedenken gegen die Hinzuziehung der gelben Organisationen haben und verlangen, daß die Verhandlungen heute aufgenommen werden, wurde angenommen. Die Angestellten erklären weiter, hinter den freien Gewerkschaften zu stehen, und fordern, daß der Tarifvertrag bis zum 3. Oktober abgeschlossen wird. **Der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums wurde angenommen.**

Die Folgen einer Eigenmächtigkeit.

Auf eine kleine Anfrage, die Chemnitzer Unruhen betreffend, hat der Reichswehrminister Noske folgendes geantwortet:

„Die Ausladung der aus Anlaß von Unruhen nach Chemnitz entsandten Truppen sollte planmäßig außerhalb Chemnitz stattfinden.

Durch eigenmächtige Anordnung eines Angestellten der Linienkommandantur wurde der Transport entgegen der gegebenen Weisung nach Chemnitz selbst hineingeleitet. Dies geschah angeblich, weil der betreffende Angestellte den zur Ausladung bestimmten Bahnhof Hilbersdorf für ungeeignet hielt.

Eine gerichtliche Untersuchung, insbesondere auch darüber, ob eine mit Absicht herbeigeführte Irreleitung vorliegt, ist eingeleitet.

Ueber das Ergebnis wird später berichtet werden."

Die Ausladung der Truppen auf dem Hauptbahnhof hatte bekanntlich die ersten Zusammenstöße zur Folge.

Abbau der Löhne oder Preise?

Preiserhöhungen, Teuerung — ohne Ende! Als Ursache werden die steigenden Lohnforderungen angegeben, und gescheite Nationalökonomen der privatkapitalistischen Geistesrichtung sehen den einzigen Ausweg im Abbau der Löhne. Es genügt aber, nur einigermaßen objektiv den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, um zu erkennen, daß unter dem Vorwand der befriedigten Lohnforderungen Preiserhöhungen vorgenommen werden, die jeder Berechtigung entbehren, deren einziges Ziel die Ausnutzung der Konjunktur, die Bereicherung ist. In unserer Zeit der völlig zerrütteten Wirtschaft und regellosen Preisbildungen versucht jeder Unternehmer, jede Kapitalistengruppe, soviel wie irgend möglich zu „verdienen". Und da man fortwährend von Streiks und Lohnforderungen sprechen hört, schützt man diese Motive vor, um aus rein privatkapitalistischem Profitinteresse die Bevölkerung ohne Erbarmen zu schröpfen. Daß diese Auffassung unanfechtbar ist, zeigt der Geschäftsgang kapitalistischer Unternehmungen. Als ein Beispiel sei hier auf den im „Berl. Tagebl." vom 28. September veröffentlichten kurzen, aber sehr vielsagenden Bericht über die Sitzung des Aufsichtsrates der Berliner Hotelgesellschaft, der Inhaberin der Hotels „Kaiserhof" und „Baltic", hingewiesen, dessen größter Teil hier wiedergegeben wird:

„Die Berliner Unternehmungen „Kaiserhof" und „Baltic" sind täglich bei guten Preisen ausverkauft, so daß die in den fünf Kriegsjahren aufgelaufene Unterbilanz von rund 1 800 000 M. bereits gedeckt ist und mit einer ansehnlichen Dividendenausschüttung pro 1919 gerechnet werden kann. Auch die finanzielle Lage der Unternehmen hat sich so weit gebessert, daß beide Gesellschaften keine Bankschulden mehr haben und daß die Berliner Hotelgesellschaft in die Lage versetzt wird, aus ihrem verfügbaren Bankguthaben das Darlehen des Magistrats von 5 000 000 M., welches durch den Verkaufserlös des Hotels „Atlantic" in Hamburg auf 1 200 000 M. herabgemindert war, restlos zu tilgen. Außerdem kommt die noch umlaufende Anleihe von 1911 im Betrage von 5 218 000 M. am 1. Oktober 1919 zur vollen Rückzahlung."

Zum Verständnis muß bemerkt werden, daß das Unternehmen im letzten Kriegsjahre vor dem Zusammenbruch gestanden hat, weshalb es sich gezwungen sah, ein Darlehen von 5 Millionen Mark aufzunehmen. Von diesem Darlehen konnten, wie oben erwähnt, durch den Verkauf des Hamburger Unternehmens 3,8 Millionen Mark abgetragen werden, während der Rest aus den Einkünften der beiden Berliner Hotels gedeckt wurde. Demnach war es der Gesellschaft während der wenigen Monate nach der Revolution möglich, sich nicht nur glänzend zu halten und eine ansehnliche Dividende für das laufende Jahr zu sichern, sondern die alten Schulden im Betrage von (s. oben): 1 800 000 + 1 200 000 + 5 218 000 M., zusammen also 8 218 000 M., in einem einzigen Geschäftsjahr zu bezahlen!

Das ist nur ein Beispiel für viele. Das Beispiel zeigt, daß der Hebel zur Entlastung des ungeheuren wirtschaftlichen Druckes vor allem in Richtung des Abbaues der Preise und nicht der Löhne angelegt werden muß.

Drohender Bergarbeiterstreik in Amerika.

Aus Washington wird gemeldet: Der Bergarbeiter-Verband fordert eine Lohnerhöhung um 60 Proz. und droht im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit der Verkündung des Streiks. Die Bewilligung der Mehrlöhne der Bergarbeiter erforderte einen Aufwand von einer Milliarde Dollar mehr.

Kritische Streiklage in England.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".)

Die streikenden Eisenbahner teilten der Regierung mit: Wenn die Truppen, welche den Severntunnel, den längsten Tunnel in Großbritannien, bewachen, nicht innerhalb 48 Stunden zurückgezogen werden, so werden die Leute, welche die Pumparbeit im Tunnel besorgen, den Befehl zur Niederlegung der Arbeit erhalten.

Der Führer der Bergwerksarbeiter Smillie erklärte gegenüber einem Ausfrager, falls keine Regelung in bezug auf den Eisenbahnerstreik getroffen werde, sei es unmöglich, dem Wunsch, einen allgemeinen Sympathiestreik zu erklären, weiteren Widerstand zu leisten. Auf einer Sitzung des Transportarbeiterverbandes in Caston Hall, bei der auch die Schiffsbauarbeiter, Kesselschmiede, Maschinenarbeiter, Drucker, Elektrizitätsarbeiter, Eisenbahnkontoristen, Postangestellten vertreten sind, wird die Lage erörtert. Sie gilt als kritisch, und es verlautet, daß der Transportarbeiter-Verband beabsichtigt, durch Ankündigung des Generalstreiks eine Entscheidung herbeizuführen. „Daily News" empfiehlt der Regierung, eine vermittelnde Haltung einzunehmen und den Streik beizulegen, ohne die Gewerkschaften zu vernichten.

Das Lebensmittelministerium teilt mit, daß hinreichende Brot- und Mehlreservevorräte vorhanden seien. Die Mehlbestände genügten für zwei bis drei Wochen. „Daily Mail" betont, wenn die Regierung überwunden werde und die Streikenden siegten, so müßten die Streikführer die Regierung unter Verantwortung für die Leitung des Britischen Reichs übernehmen, aber es werde die Frage entstehen, ob sie ausreichendes Vertrauen genießen.

Amerikanische Hilfe.

In Amerika hat eine Liebesgabensammlung zugunsten der notleidenden sächsischen Erzgebirgler eingesetzt. Die von der Deutschen Wohlfahrtsstelle in Berlin — der Zentralstelle für ausländische Hilfsaktionen in Deutschland — zu Informationszwecken an Ort und Stelle entsandte Vertrauensperson hat jetzt eine erschütternde Schilderung der jammervollen Zustände in den armseligen Gebirgsdörfern gegeben.

Heimarbeit bildet fast überall den kümmerlichen Erwerb der Einwohner, bereits die kleinsten Kinder klöppeln oder leimen Spielsachen und haben nach zweijähriger Arbeit im Höchstfalle 30 M. (!) verdient. Unermeßlich ist das Elend, 50 Proz. der Schulkinder sind unterernährt, ohne Winterkleidung und Schuhwerk, 10jährige Kinder wiegen 30 Pfund, zu erschreckender Höhe ist die Zahl der an Tuberkulose — dieser mit den sozialen, Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen in engster Beziehung stehenden Volksseuche — Erkrankten emporgeschnellt.

Umfassendste Hilfe ist dringendstes Gebot. Deshalb können wir nicht dankbar genug für die amerikanische Initiative sein. Aus der von deutsch-amerikanischen Kreisen gesandten Geldspende sind durch Vermittlung der Deutschen Wohlfahrtsstelle Milch, Kakao, Reis und Zucker angekauft worden und gelangen in nächster Zeit in einer Reihe der bedürftigsten Orte des Erzgebirges zur Verteilung; anderen Orten konnten bereits Liebesgaben aus holländischen Sendungen zugewiesen werden. Es besteht begründete Hoffnung, daß Herzen und Hände gütiger Menschenfreunde im Auslande sich weiter auftun werden, um die Milderung der dringendsten Not zu ermöglichen. Auch der deutschen Heimat steht es offen, zu helfen; Geldspenden zur Deckung der Unkosten, die das Versenden der Liebesgaben verursachen, und die bisher von den Verteilungsstellen — oft armer Gemeinden — getragen werden mußten, nimmt entgegen die Deutsche Wohlfahrtsstelle, Berlin C. 2, Schloßplatz 1 IV.

Die sozialistische Partei Perus gegen den Friedensvertrag.

Die sozialistische Partei Perus hat, wie erst jetzt bekannt wird, energisch gegen die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages protestiert, ein Schritt, der um so bedeutungsvoller ist, wenn man die Deutschland feindlich gesinnte Stellungnahme der peruanischen Regierung in Berücksichtigung zieht. Es heißt in diesem Aufrufe der sozialistischen Partei unter anderem: „Der Friedensvertrag, den die alliierten Großmächte Deutschland auferlegen wollen und in welchem die Unterschrift Perus erscheinen muß, steht weder in seinen Bedingungen territorialer noch wirtschaftlicher Natur in Uebereinstimmung mit dem gerechten Grundsatz, daß Gebietsveränderungen lediglich auf Grund von Volksabstimmungen erfolgen dürfen. Er verherrlicht ferner durch die These von Kriegsentschädigungen den monströsen Grundsatz des Rechts der Eroberung.

Aus diesen Gründen beschließt die sozialistische Partei Perus: 1. sich vollständig den Protesten anzuschließen, welche der internationale Sozialismus gegen die erwähnten Klauseln des Friedensvertrages eingelegt hat; 2. zu protestieren, daß Peru entgegen den amerikanischen Idealen und unter Verkennung allen Rechts zu seinem eigenen Nachteil den Friedensvertrag unterschreibt, der das Recht der gewaltsamen Eroberung festsetzt und erklärt 3., von den sozialistischen Parteien Südamerikas eine gemeinsame Bewegung zu fordern, durch die die Völker Südamerikas bei den alliierten Mächten die Schließung eines Friedensvertrages nachsuchen, der den **Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht.**

Kleine politische Nachrichten.

Die Auflösung der kommunistischen Versammlungen. Am Dienstag, den 30. September, haben 30 öffentliche Versammlungen der kommunistischen Partei (Spartakusbund) in Berlin und seiner Umgebung stattgefunden. Diese Versammlungen waren nicht angemeldet und genehmigt und sind aufgelöst worden. Damit nicht die aufgelösten Versammlungen alsbald an anderer Stelle unter dem Deckmantel einer anderen Versammlung fortgesetzt würden, hatten die Auflösungskommandos den Befehl, auch andere nicht angemeldete, also nicht genehmigte öffentliche Versammlungen zu verhindern und aufzulösen. Infolge irrtümlicher Auffassung über den Charakter der Versammlungen sind dabei auch zwei nichtöffentliche Gewerkschaftsversammlungen aufgelöst worden. Einer Wiederkehr ähnlicher bedauerlicher Mißverständnisse ist durch entsprechende Belehrung vorgebeugt.

Bayerischer Kredit für Lebensmittel. Die bayerische Regierung hat im Landtag einen Fünfzigmillionenkredit beantragt, um beträchtliche Warenmengen, hauptsächlich Reis und Hülsenfrüchte, an den süddeutschen und bayerischen Grenzen anzukaufen.

Einreiseerlaubnis in das besetzte Gebiet. Nach Verhandlungen mit dem belgischen Oberkommando können nunmehr deutsche Zivilinternierte auf Grund ihrer ordnungsgemäßen Ausweispapiere, z. B. eines Geleitscheins einer Weiterleitungsstelle vom Roten Kreuz, der an Stelle des Entlassungsscheines der militärischen Kriegsgefangenen tritt, ohne weiteres in das belgisch besetzte Deutschland einreisen. Sie haben sich auf dem Kreisbureau ihres Zielortes zu melden, woselbst sie das Visum zum Aufenthalt erhalten.

Gewerkschaftsbewegung

Der Metallarbeiterstreik.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Am gestrigen Mittwoch fanden bereits im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter über die Möglichkeit der Beendigung des Metallarbeiterstreiks statt, die jedoch noch zu keinem Ergebnis führten. Die Arbeitervertreter schlugen als Verhandlungsgrundlage ihre nach Abbruch der Verhandlungen neu formulierten Forderungen vor, während die Arbeitgeber die Fortsetzung der abgebrochenen Verhandlung wünschten. Nach langen Auseinandersetzungen, die im wesentlichen die Einordnung der Arbeiterkategorien in die im Schiedsspruch vom 21. August aufgestellten Lohnklassen betrafen, machte der Arbeitsminister den Vorschlag, beim Reichsarbeitsministerium einen neuen Schlichtungsausschuß einzusetzen, bestehend aus je drei Parteivertretern und einem im Einvernehmen mit den beiden Parteien vom Arbeitsminister zu bestimmenden Vorsitzenden.

Dieser Schlichtungsausschuß solle auf Grund des Schiedsspruchs vom 21. August eine Verständigung über die Einordnung in die Lohnklasse versuchen und nur dann einen Schiedsspruch fällen, wenn beide Parteien ihn vorher anerkennen. Die Arbeitgebervertreter erklärten sich bereit, den Vorschlag anzunehmen, während die Vertreter der Arbeitnehmer dazu kein Mandat hatten und nur dann der hierfür zuständigen Fünfzehnerkommission die Uebernahme des Vorschlags glaubten empfehlen zu dürfen, wenn erstens über alle Streikfragen (also auch den Schiedsspruch vom 21. August) verhandelt würde, zweitens für alle diejenigen, die unter 8,30 M. Stundenlohn haben, eine Lohnerhöhung stattfinde, und für Arbeitergruppen, deren Entlohnung eine einheitliche ist, diese Einheitlichkeit gewahrt bleibe. Die endgültigen Erklärungen behielten sich die Arbeitnehmervertreter bis Freitag mittag vor.

*

Von der Streikleitung erhalten wir folgenden Bericht:

Die Zahl der Belegschaften, die sich am Streik beteiligen wollen, ist von 175 auf 195 gestiegen. Die Zahl der bestreikten Firmen hat sich von 140 auf 162 erhöht. Die Zahl der Streikenden ist von 84 500 auf 41 200, die Zahl der Ausgesperrten von 77 000 auf 79 800 gestiegen.

Die Unternehmer scheuen sich nicht, in Betrieben, in denen sie Aussperrungen vornehmen, auch die Lehrlinge mit auszusperren. So hat die Maschinenfabrik Oberschöneweide 150 Lehrlinge ausgesperrt.

Die Zahl derjenigen Firmen, die unterschriftlich Forderungen der Arbeiter anerkennen, steigt täglich.

Am Dienstagabend sind Branchenversammlungen der Metallformer und Rohrleger durch Aufgebote der neuen Sicherheitswehr mit Hilfe von Maschinengewehren und Flammenwerfern verhindert worden. Auf Anfrage beim Polizeipräsidenten wurde uns der Bescheid, die Beschwerde schriftlich einzureichen. Eine weitere Frage, ob die am Donnerstag stattfindenden 30 Gewerkschaftsversammlungen durch Militäraufgebot behindert werden, wurde seitens des Herrn Polizeipräsidenten nicht beantwortet.

Dieselben Geheimpolizisten, die im Hause des Vollzugsrats gehausucht haben, haben in den Bureauräumen des Metallarbeiterverbandes einen Besuch abgestattet.

Das Betreten der Bureauräume Linienstr. 83/85 ist nur noch mit Ausweis gestattet. Als Ausweis kommen in Frage Mitgliedsbuch, Legitimationskarten, Kontrollkarten der Streikleitungen usw.

Die Mittwochmorgen 11 Uhr mit dem Reichsarbeitsminister stattgefundene Unterredung hat zu positivem Erfolg nicht geführt. Die Besprechungen der Parteien mit dem Minister haben getrennt stattgefunden. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien eingeladen, an einer gemeinsamen Besprechung im Reichstage teilzunehmen.

Wie uns von unserer Geschäftsstelle Spandau mitgeteilt wird, läßt die Eisenbahnverwaltung Spandau von Eisenbahnarbeitern die Waggons vom Bahnhof Siemensstadt bis zum Werkbahnhof der Firma Siemens durchstoßen. Sie zahlt hierfür den Eisenbahnarbeitern eine Extravergütung von 10 M. Damit ist bewiesen, daß auch die preußische Eisenbahnverwaltung sich auf die Seite des Kapitals stellt. Man darf an die preußische Eisenbahnverwaltung die Frage richten, woher sie das Recht nimmt, aus Mitteln der Allgemeinheit Extrentschädigungen an Eisenbahnarbeiter zu zahlen, damit diese den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen. Der Eisenbahnerverband wird aufgefordert, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Das Metall-Kartell der Groß-Berliner Gewerkschaften. Die 15er-Kommission.

Eine nach Tausenden zählende Versammlung der Angestellten des Textil-Engros-Handels

in den Kammersälen nahm Stellung zu dem bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. Die Kollegin Weinberg vom Zentralverband der Angestellten erstattete den Verhandlungsbericht. Als die seitens der Arbeitgeber vorgeschlagenen Gehaltssätze der Versammlung zur Kenntnis gebracht wurden, machte sich eine einmütige erregte Ablehnung geltend, die sich direkt zur Entrüstung steigerte, als die Aeußerungen des Verhandlungs-Vorsitzenden, Dr. James Simon, den Angestellten mitgeteilt wurden. Nachdem der Bericht noch von einigen Herren und Damen anderer Verbände ergänzt war, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 30. September versammelten Angestellten des Textilgroßhandels erheben schärfsten Protest gegen die verständnislose Behandlung ihrer Lebensfragen seitens der Arbeitgeber, die den heutigen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt, und beauftragen ihre Verhandlungsführer, evtl. mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Sie geben aber nochmals zu erkennen, daß sie auch jetzt noch zu einer friedlichen Verständigung bereit sind und erwarten nunmehr innerhalb drei Tagen Bescheid, ob die Klassifizierungsvorschläge als Grundlage zu weiteren Verhandlungen zu betrachten sind.

Stellen sich die Arbeitgeber weiter auf einen ablehnenden Standpunkt, so fällt die Verantwortung für alle weiteren Folgen auf sie zurück."

Die Organisation der Angestellten.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der Verband der Bureauangestellten und der Verband deutscher Versicherungsbeamten (Groß-Berlin) hielten am 29. September eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab.

Der Leiter der Versammlung, Kollege Bauer, hob einleitend hervor, daß diese Versammlung einen Markstein in der Geschichte der Berliner Angestelltenbewegung bilden werde, weil zum ersten Male die nunmehr zum Zentralverband der Angestellten verschmolzenen Verbände zu gemeinsamer grundlegender Tätigkeit zusammengekommen seien.

Der Versammlung lag ein neues Ortsstatut zur Beschlußfassung vor. In einem kurzen Referat beleuchtete Kollege Koppe die neuen Wege, die an Hand des Statuts beschritten werden sollen. Die Grundlage der Organisation bilden die Betriebe. Diese werden zu Sektionen zusammengefaßt, während wiederum gleichartige Sektionen Fachgruppen bilden.

Die Betriebsräte werden in den Fachgruppen zusammengefaßt. Es sollen die Leitungen der Fachgruppen und Sektionen in der Regel durch Kollegen besetzt werden, die als Betriebsräte das besondere Vertrauen ihrer engeren Kollegen besitzen. Die Verwaltung der Organisation wird ebenfalls auf eine neue Grundlage gestellt.

In der Aussprache wurden nur über den Aufbau der Verwaltung einige Bedenken erhoben. Es wurde aber schließlich die Annahme des Statuts beschlossen mit der Maßgabe, daß die Verwaltung in Kürze einer neuen beschließenden Mitgliederversammlung, die auf Grund des Delegiertensystems zusammengesetzt werden soll, das Statut zur endgültigen Inkraftsetzung vorzulegen habe.

Die darauf folgenden Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hugo Cohn, 2. Vorsitzender Karl Bauer; Geschäftsführer Fritz Schmidt, Karl Bublitz; Schriftführer Marga Philipp, Fritz Rader.

Der neue Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten sprach noch den bisherigen Leitern der zur Verschmelzung gelangten Ortsgruppen für ihre Tätigkeit, insbesondere dem Kollegen Rogon, dem langjährigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, den Dank der Mitgliedschaft aus.

Es wurde dann noch nach kurzer, aber eindrucksvoller Aussprache die folgende Resolution beschlossen:

„Die am 29. September in den „Germaniasälen" tagende gemeinsame Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, des Verbandes der Bureauangestellten und des Verbandes deutscher Versicherungsbeamten bekunden den im Abwehrkampf gegen eine allgemeine Lohnherabsetzung stehenden Metallarbeitern, als dem vorgeschobenen Posten des klassenbewußten Proletariats, ihre volle Sympathie. Nötigenfalls sind sie gewillt, geeignet erscheinende Maßnahmen zu deren wirksamen Unterstützung zu treffen."

Der Auflösung verfiel am Dienstagabend eine vom Verband der Fleischer nach Bölers Festsälen in der Weberstraße einberufenen Versammlung. Es wird uns hierüber folgendes berichtet: Kurz vor 8 Uhr wollte der Kollege Rosin die Versammlung eröffnen, als ein Oberleutnant in Begleitung von 6 bewaffneten Soldaten im Lokal erschien und der Versammlungsleitung erklärte, die Versammlung könne nicht stattfinden. Er bitte, den Versammelten dies mitzuteilen und sie aufzufordern, das Lokal zu verlassen. Seine Instruktion laute so. Weder ein Hinweis darauf, daß es eine Mitgliederversammlung sei, noch die Tagesordnung konnte den Herrn Oberleutnant überzeugen, daß absolut nichts Staatsgefährliches verhandelt werden solle. Die Versammlung verfiel der Auflösung. Die Leitung, aus vier Kollegen bestehend, wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo ihre Namen und Adressen notiert und sie bald darauf wieder entlassen wurden. Kein Wort fiel, weshalb dieser ganze Mummenschanz aufgeführt, eine Hundertschaft aufgeboten wurde, und die Verhaftung und Freilassung erfolgte.

Zentralverband der Angestellten. Chemische Industrie und chemischer Großhandel. Die Vertrauensleute werden ersucht, sich heute, Donnerstag, abends ½8 Uhr, zu einer Vertrauensmännersitzung im Englischen Hof, Weißer Saal, Alexanderstr. 27a, einzufinden.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma A. Borsig, Tegel, werden ersucht ihre Löhnung in Empfang zu nehmen, und zwar diejenigen, welche Vorschuß erhalten, Donnerstag früh 9 Uhr, diejenigen, welche Vollzahlung erhalten, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im Kasino.

Der Arbeiterrat. J. A.: Koch.

Achtung! Ludwig Loewe, Huttenstraße. Die Streikenden holen ihre Löhnung heute nach Schluß der Versammlungen ab. Die Kollegen, die an dem Konzertabend teilnehmen wollen, holen die Eintrittskarten von der Streikleitung ab. Das Eintrittsgeld wird eventuell gestundet.

Die Streikleitung.

Parteinachrichten.

„Wir marschieren!"

So rufen die Unabhängigen jedesmal, wenn sich ein paar Mehrheitssozialisten zu ihnen verlaufen. Ueber das „ungeheure Anschwellen" der unabhängigen Bewegung gibt sie soeben vollzogene Wahl des Arbeiterausschusses der Firma Zeiß in Jena Aufschluß. Die Unabhängigen erhielten 7, die Mehrheitssozialisten 6, die Kommunisten und Demokraten je 1 Mandat. Da dem vorigen Arbeiterausschuß 12 Unabhängige, 2 Mehrheitssozialisten und 1 Demokrat angehörten, haben die Unabhängigen einen Sitz an die Kommunisten und 4 an die Mehrheitssozialisten abtreten müssen. Auch ein Erfolg, zu dem wir gratulieren!

Gerichtszeitung.

Die Kämpfe in Neukölln.

Kriegsgerichtsrat Dr. Eckstein setzte gestern die Beweisaufnahme fort, die sich weiter auf die vorgekommenen Plünderungen erstreckte und im allgemeinen folgendes Bild ergab. Einige Leute waren um ihre rückständige Löhnung besorgt, und es kam der Gedanke auf, sich an den Beständen des Depots in Gestalt von Bekleidungsstücken und Lebensmitteln schadlos zu halten. Dem Depotführer Schulz wird zum Vorwurf gemacht, daß er diesem Treiben nicht von Anfang an mit der größten Energie entgegengetreten sei und dadurch die Meinung aufkommen ließ, er sei mit dem ganzen Vorgehen einverstanden. Schulz, der bei dem Wirrwarr, der am 6. März in der Kaserne herrschte, schließlich ganz kopflos geworden war, bestreitet dies. Als er selbst bedroht wurde, rief er telephonisch die Regierungstruppen herbei, und das Detachement Reutlingen besetzte ohne Kampf die Kaserne und löste das Depot auf. Die Unzufriedenen des Depots sammelten sich dann im Karlsgarten, wo auch viele Zivilisten radikalster Richtung erschienen waren, und beschlossen, einen Angriff auf die Regierungstruppen zu machen. Das Gefecht währte fast die ganze Nacht. Als die Haupträdelsführer das Nutzlose ihres Tuns einsahen, verschwanden sie von der Bildfläche. Gegen zwei der in Haft befindlichen Angeklagten beschloß das Gericht gestern die Haftentlassung.

Umfangreiche Juwelendiebstähle lagen einer Anklagesache zugrunde, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Die Angeklagte Jähne, welche bei einer bekannten Juwelierfirma als Polierin beschäftigt war, war mit der Angeklagten Hermann eng befreundet, die ein Verhältnis mit dem auch schon wegen Hehlerei vorbestraften dritten Angeklagten Wichmann unterhielt. Die Erzählungen der Jähne, wie sie täglich in den glitzernden Schätzen herumwühlen müsse, ließen in dem Pärchen die Begierde wach werden. Die H. lag von nun an ihrer Freundin täglich mit den bittersten Klagen in den Ohren, wie schlecht es ihr gehe und es nur eines einzigen Griffes bedürfe, um sich ein für allemal „gesund" zu machen. Diese fast suggestiven Einwirkungen hatten den Erfolg, daß die Jähne eines Tages Schmucksachen, die sie zum Polieren erhalten hatte, verschwinden ließ. Die Sachen händigte sie der H. und diese ihrem „Bräutigam" aus, bei dem aber nur noch ein Ring gefunden wurde. Das Gericht erkannte gegen Wichmann auf 2 Jahre und gegen die beiden Mädchen auf je 1 Jahr Gefängnis.

Ein Gaunerstreich des „schwarzen Franz" hatte gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I ein Nachspiel. Der Angeklagte, Handlungsgehilfe Franz Onufseit, hatte in Erfahrung gebracht, daß ein in der Gegend der Hirtenstraße wohnhafter polnischer Händler Moische Butter einen Handel mit rotgestempelten Banknoten treibt und gerade 2000 Mark in Hundertmarkscheinen im Besitze hatte. Er veranlaßte einen unbekannt gebliebenen Komplicen, in der Rolle des Käufers an Butter heranzutreten und sich mit diesem in einem Lokal zu treffen. Während die Beiden hier um die Höhe des Aufgeldes herumfeilschten, erschien der Angeklagte auf der Bildfläche, zeigte eine Blechmarke vor und erklärte, daß er als Kriminalbeamter die 2000 Mark beschlagnahme. Als Butter um Hilfe rief, ergriff der Schwindler die Flucht. Er wurde verfolgt und festgenommen, aber man fand weder die Blechmarke noch das Geld bei ihm. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die zutage gelegte Gaunerfrechheit auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis.

Zwei Münzfälscher, die in riesigem Umfange verfälschte 50-Markscheine in Verkehr gebracht haben, standen gestern unter der Anklage des Diebstahls und des Münzverbrechens vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Angeklagten, Maschinenmeister Wilhelm Plenka und Theodor Paletzki waren in der Privatdruckerei von Seydel u. Cie. beschäftigt, in der unter Aufsicht der Reichsbank Rotbanknoten hergestellt werden. Im November wurden in der Druckerei 500 Bogen mit insgesamt 8000 Fünfzigmarkscheinen gestohlen. Paletzki hatte sich eines Nachts in den Räumen der Druckerei verborgen gehalten und ein Ries der fast fertig gedruckten Scheine gestohlen. Wegen dieses Diebstahls bleibt Paletzki straffrei, weil er unter die Amnestie fällt. Die Angeklagten verschafften sich dann eine Paginiermaschine und druckten auf einen Teil der Scheine die fehlenden roten Nummern auf. Die Scheine verwerteten sie durch Einkäufe in Läden oder dadurch, daß sie auf der Post Geldanweisungen an ihre eigenen Adressen aufgaben. Letzteres ist ihnen schließlich zum Verhängnis geworden. Bei ihrer Festnahme wurden bei Paletzki Scheine für 164 000 M., bei Plenka 124 400 M. gefunden, außerdem ein Bankkonto über 10 000 M. und 6200 M. Bargeld. Die Summe von 90 000 M. fehlt. — Die Rechtsanwälte Dr. Carl Löwenthal und Stargardt suchten den Angeklagten mildernde Umstände zu erringen, die Geschworenen verneinten diese. Plenka wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, Paletzki zu 2½ Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Verantw. für den Redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Deutsche Nationalversammlung.

88. Sitzung. Mittwoch, 1. Oktober, nachmittag 1 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 1,30 Uhr.

Das Tumultschadengesetz.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Ersatz für die durch innere Unruhen entstandenen Schäden wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Graf zu Dohna** (D. Vp.): Der jetzige Zustand ist unerträglich geworden. Ohne große Aenderungen wird der Entwurf nicht zum Gesetz werden können. Ich beantrage Ueberweisung an die Verfassungskommission.

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.): Die Vorlage faßt die revolutionäre Welle viel zu formalistisch auf. Die Tumulte sind Teilerscheinungen eines geistigen Kampfes, der durch die ganze Welt geht. Meiner Ansicht nach können Gemeinden überhaupt nicht herangezogen werden. Zu diesen rechtlichen Bedenken kommen aber noch solche finanzieller Natur. Das Reich muß allein haftbar gemacht werden. Der Gesetzentwurf soll einem Ausschuß überwiesen werden.

Die Vorlage wird einem Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die große Valuta-Interpellation.

Auf der Tagesordnung steht dann eine Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Maßnahmen der Regierung zur Behebung des Tiefstandes der deutschen Valuta.

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vp.) begründet die Interpellation: Tausende von Unternehmungen mit Millionen von arbeitenden Menschen hängen in ihrer Existenz davon ab, ob es gelingt, die Verbindung mit dem Weltmarkt wieder zu gewinnen. Der Goldbestand der Reichsbank ist

unter die Hälfte des Friedensbestandes

gesunken. Dabei fehlen fast alle ausländischen Zahlungsmittel. Hätte man aber vor Monaten mit weniger Rücksicht auf die deutsche Valuta die deutsche Industrie mit Rohprodukten versorgt, wir hätten heute auf dem Markt deutsche Produkte. Auch jetzt noch muß alles darangesetzt werden, die Rohmaterialeinfuhr zu fördern. Denn nie ist das deutsche Volk mehr in der Lage gewesen zu konkurrieren als in der Zeit des schlechten Valutastandes. Doch es sind nicht bloß materielle Wirkungen, welche so auf die Zahlungsbilanz einwirken, sondern der Sturz der deutschen Valuta hat auch politische Gründe. Den letzten Stoß hat die deutsche Valuta durch die

Politik des Reichsfinanzministers

erlitten, zuerst sein Wort vom Staatsbankerott in der Nationalversammlung und dann der Plan der Notenabstempelung. Die Arbeitslosenunterstützung darf nicht zum Schlupfwinkel für Elemente werden, die störend in den Wirtschaftsprozeß eingreifen. Ebenso ist die

Rückkehr der Akkordarbeit

zu fördern. Bei sicherer Führung wird es gelingen, Valutaanleihen im Ausland aufzunehmen.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Diese Begründung war eine Enttäuschung, denn sie hat nicht ein einziges neues Mittel angegeben. Die Regierung war bisher nicht untätig und hat auch vielfach schon bessernd gewirkt. Die Vorwürfe des Vorredners sind unbegründet. Ich habe

nie eine Notenabstempelung,

sondern nur einen Notenumtausch zur Hinderung der Kapitalflucht beabsichtigt. Unüberwindbare technische Hindernisse haben die Ausführung verhindert. Es ist nicht richtig, daß diese Pläne einen Kurssturz von 35 Proz. verursacht hätten. Der Sinn der ganzen Hugoschen Rede war: Erzberger muß weg, dann wird die Valuta besser. Es ist nicht richtig, daß das Ausland kein Vertrauen zu mir hat. Gestern hat mein Vertreter

in Holland einen großen Valutakredit

abgeschlossen, und weitere Abschlüsse sind in der Schwebe. Das Ausland kennt uns, es weiß, daß der Aufbau sich bei uns nur langsam vollziehen kann, und daher kann sich die Valuta auch nur langsam bessern. Mit der Zwangsarbeit ist nichts zu machen. Ueber Zwangsarbeit für Wucherer, namentlich solche im Lederhandel, läßt sich reden. Doch im allgemeinen wird die Zwangsarbeit kommen, aber anders, als es sich mancher denkt. Nur noch wenige Deutsche werden von ihren Renten leben können, alle werden arbeiten müssen, oben wie unten. Die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut werden. Aber jetzt, vor einem harten Winter, ist die gänzliche

Beseitigung unmöglich.

Die Akkordarbeit wird in steigendem Maße eingeführt und wird in den Reichsbetrieben bereits mit gutem Erfolg gehandhabt. Rohstoffe haben wir so viele eingeführt, als wir bezahlen konnten. Hätten wir noch mehr Rohstoffe gekauft, so wäre die Valuta noch weiter gesunken. Der Luxus ist zurzeit noch immer unerhört. Das deutsche Volk vertrinkt täglich für 3 Millionen Mark Kaffee. Bleibt die Einfuhr für Kaffee offen, so werden bald 5 bis 6 Millionen Mark für Kaffee in das Ausland wandern. Das muß verwüstend wirken. Mit der absoluten Aufhebung der Zwangswirtschaft würden wir

das deutsche Wirtschaftsleben ruinieren.

So nötig wir Kupfer gebrauchen, können wir die Kupfereinfuhr doch nicht schrankenlos freigeben. Im übrigen hatte das Finanzministerium mit der Valutapolitik bisher nichts zu tun, das war Sache der Reichsbank. Welcher Industrie zuerst Hilfe geleistet werden soll, werden Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsministerium ergeben. Vor der Ratifizierung des Friedens ist es aber unmöglich, größere Anleihen im Auslande zu erhalten.

Die Valutafrage muß durch internationales Abkommen gelöst werden. Bedauerlicherweise verkauft die deutsche Industrie nach dem Auslande viel zu billig. Die Valuta kann auch nicht gesunden, wenn

die Kapital- und Steuerflucht

so weitergeht, wie in den letzten Monaten. Auch die Ordnung im Etat muß hergestellt werden. Erfreulicherweise hat die Arbeitsfreudigkeit allgemein ganz erheblich zugenommen. Es wird auch in Bergwerken mehr gefördert. Die Regierung wird nun noch für bessere Lebensmittelpreise sorgen, demnächst soll Fleisch und Speck zu billigen Preisen abgegeben werden.

Die Schwierigkeit der Kohlenfrage liegt im Transport. Vielleicht wird sogar auf bestimmte Zeit der Personenverkehr eingestellt werden. Die Nationalversammlung darf das Vertrauen haben, daß die Regierung bestrebt ist, die Valutafrage mit allen Mitteln befriedigend zu lösen.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Braun-Franken (Soz.):

Der Forderung des Abg. Hugo auf weitere Aufhebung der Zwangswirtschaft kann ich nicht beistimmen. Wir haben die verhängnisvollen Folgen beim Hafer und beim Leder gesehen. Wir befinden uns

in einer finanziellen Weltkrisis,

wie wir sie noch nicht erlebt haben. Der Zusammenbruch unseres Markkurses im Auslande muß auf das lebhafteste bedauert werden. Wenn der Sturz des Markkurses im Inlande nicht so erheblich ist, so verdanken wir das nicht Herrn Hugo und seinen Freunden, sondern der Planwirtschaft des Finanzministeriums.

Die Notlage auf dem Geldmarkte ist eine europäische Erscheinung. Das einzige Land in der Welt, abgesehen von Japan, das einen günstigen Wechselkurs hat, ist Amerika. Es ist aber lächerlich zu sagen, daß alles bei uns besser stünde, wenn wir eine andere Regierung hätten. Das Traurige an unseren wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt sich ganz natürlich aus dem Krieg und seinen Folgen. Der einfachste Mann weiß, daß wir vor dem Kriege unsere Waren nicht mit Gold oder Wechseln bezahlt haben, sondern mit Waren. Heute, wo wir nicht genügend produzieren können, befinden wir uns in der traurigsten Lage.

Uns fehlen Rohstoffe.

Wir müssen Häute aus Argentinien bekommen, um wieder Schuhe machen zu können. Wir brauchen spanische Erze, um Stahl herstellen zu können. Wir können die Rohstoffe aber nur hereinbekommen, wenn wir sie mit Fertigprodukten bezahlen. Die jetzt eingetretene Erhöhung der Lebensmittelpreise sowie die Erhöhung der Löhne verlangen, daß wir mehr produzieren. Das müssn wir dem deutschen Volke immer wieder klar machen. Die Minderung der Leistungen des deutschen Volkes ist nicht damit zu erklären, wie es Abg. Hugo getan hat, daß man sagt, die Arbeiter hätten ihre Pflicht nicht getan. Wenn eine

Unlust zur Arbeit

vorhanden ist, so ist dies die Folge der 4½jährigen Entwöhnung von der Arbeit, die der Krieg verschuldet hat. Erfreulich aber ist es, wie der Finanzminister Erzberger hervorgehoben hat und wie ich bestätigen kann, daß die Arbeitsfreudigkeit bei den deutschen Arbeitern ununterbrochen im Steigen begriffen ist. Hier beginnt der Gesundungsprozeß. Waren es die oberen Klassen, die uns in den Krieg geführt haben, so wird es die Arbeiterklasse sein, die Deutschland wieder hochbringt. Auf diese Weise wird die Valutafrage am besten gelöst. (Lebhaftes Bravo bei den Soz.)

Abg. **Gothein** (Dem.): Eine dauernde Besserung der Valuta ist so lange nicht möglich, solange die Preise auf dem inneren deutschen Markt nicht den Weltmarktpreisen annähernd gleichgebracht sind. Wir sind tatsächlich das billigste Land der Welt. Wir brauchen Rohstoffe, damit unsere Industrie arbeiten kann. Das Vertrauen des Auslandes zu uns wird geschwächt, wenn wir zuviel Zwangswirtschaft und zuviel Sozialisierung haben.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Solange die Entente uns nicht zu Herten unserer Westgrenze macht, so lange ist es tatsächlich unmöglich, das deutsche Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen und eine geordnete Finanzpolitik zu treiben. Eine sofortige Annäherung der innerdeutschen Preise an die Weltmarktpreise ist nicht möglich, denn das würde eine vier- bis fünffache Verteuerung bedeuten. Wir lassen die Ausfuhr möglichst unbehelligt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

In der staatlichen Subventionierung zur Senkung der Lebensmittelpreise ist uns Frankreich bereits während des Krieges und später auch England vorangegangen. In der Leberversorgung ist die Rückkehr zur Zwangswirtschaft unmöglich. Petroleum brauchen wir in solchen Mengen, daß wir es der armen Bevölkerung zu erträglichen Preisen nicht liefern können. Ohne erhebliche Senkung der Valuta werden sich diese Zustände nicht bessern.

Abg. **Schiele** (Dnat. Vp.): Die Erklärung des Reichswirtschaftsministers und auch des Finanzministers haben recht wenig zur Klärung der Lage beigetragen. Die Hauptursachen des schlechten Standes unserer Valuta sind die Ueberschwemmung mit Waren aus dem Westen und der ungeheure Einfuhrbedarf.

Abg. **Bolz** (Zentr.): Man darf den Einfluß der politischen Verhältnisse auf den Stand der Valuta nicht überschätzen. Die Mittel zur Hebung der Valuta sind Beschränkung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr, Besorgung von Krediten.

Donnerstag Fortsetzung der Beratung. Demokratische Interpellation über den kleinen Wohnungsbau.

Schluß 6¼ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

67. Sitzung. Mittwoch, den 1. Oktober 1919.

Am Regierungstisch: Südekum.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 30 Minuten.

Die Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte und der in erster Beratung auf der Tagesordnung stehende Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für eine den unmittelbaren Staatsbeamten, Volksschullehrern sowie den im Staatsdienst beschäftigten Lohnangestellten höherer Ordnung und Lohnempfängern zu gewährende einmalige Beschaffungsbeihilfe werden ohne Beratung sofort dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die förmliche Anfrage des Abg. Fritsch u. Gen. über die Kohlennot im Leinengewerbe. Die Regierung erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Abg. **Fritsch** (Soz.) führt zur Begründung der förmlichen Anfrage aus: Kaum ein Industriezweig ist durch den Krieg so getroffen worden wie die Textilindustrie und ihre Arbeiterschaft. Sie ist fast völlig auf ausländische Rohstoffe angewiesen. Anstelle der ungeheuren Werte, die eingeführt werden mußten, ist eine aufblühende Leinenindustrie entstanden, die sich auf die gewaltig gesteigerte Flachsernte stützt. Große Mengen der Flachsernte sind durch lange Lagerung dem Verderben ausgesetzt, obwohl sie bei rechtzeitiger Verarbeitung unsern Wäschemangel vermindern würden. Durch die Verweigerung der Kohlen für die Leinenindustrie gehen aber nicht nur der Volkswirtschaft ungeheure Werte verloren, sondern die 100- bis 120 000 Arbeiter der Leinenindustrie sind einen großen Zeitraum hindurch zum Feiern gezwungen. Wenn die Regierung die Kohlen nicht beschaffen kann, muß die zum Feiern gezwungene Arbeiterschaft mehr als bisher aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. (Beifall bei den Soz.) Ich appelliere an die Kohlenarbeiter; von ihnen hängt es ab, ob wir unsere Industrie aufrecht erhalten können. Auch sie können sich und ihre Familien nicht kleiden, wenn die Textilindustrie stillsteht. (Lebhafter Beifall.)

Ein Regierungsvertreter: Auch die Staatsregierung ist der Meinung, daß die vorjährige Flachsernte restlos verarbeitet werden muß. Der Reichskohlenkommissar hat auch bereits in den von ihm herausgegebenen Richtlinien die Verteilungsstellen darauf hingewiesen, daß auf allen Gebieten gerade der Rohstoffversorgung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Er hat dabei die Flachsröstanstalten besonders hervorgehoben. Trotzdem wird es unvermeidlich sein, daß ab und zu ein Stocken in der Kohlenzufuhr für die Röstanstalten eintritt. Aber es wird alles geschehen, um die Fehlziffer auf ein Minimum zu beschränken. Man denkt auch daran, den Flachsbaugesellschaften Zuschüsse zu den teuren Gestehungskosten aus Reichsmitteln zu machen.

Abg. **Rubinstein** (U. Soz.): In allen Industrien wird weniger gearbeitet, nicht bloß in der Textilindustrie. Sorgen wir erst für die Bergarbeiter, dann helfen wir nicht bloß ihnen, sondern auch uns selbst.

Abg. **Steinbrink** (Soz.): Die Antwort der Regierung kann nicht befriedigen. Man sollte endlich die großen Plätze, die bisher der Militärfiskus zur Verfügung hatte, für die Industrie freimachen. Die Regierung muß hier radikaler zugreifen. (Sehr richtig! links.) Da die Kohlenförderung zweifellos zugenommen hat, muß auch eine bessere Belieferung der Textilindustrie möglich sein.

Abg. **Lang** (Soz.): Die Ursachen der Kohlennot sind international. Wenn man die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter, besonders auch hinsichtlich ihrer Wohnungsverhältnisse mehr berücksichtigt, so wird man auch bessere Erfolge erzielen.

Abg. **Brust** (Z.): Die ewigen Vorwürfe gegen die Bergarbeiterschaft wegen ihrer angeblichen Arbeitsunlust müssen endlich aufhören. Die Schuld an den traurigen Verhältnissen trägt der Raubbau während des Krieges, der zur Durchführung des Hindenburgprogramms getrieben wurde.

Die Besprechung schließt.

Die Beratung des Finanzetats.

Abg. **Cuno** (Soz.): Das von Herrn Hergt hier entwickelte Programm war nur ein Agitationsprogramm, das zu nichts verpflichtet. Die Ausführungen des Abg. Hergt über den Willen seiner Partei zur Mitarbeit war doch nur ein Ruf an die Entente: Ihr könnt mit uns viel bessere Geschäfte machen als mit der jetzigen Regierung. Wir in Preußen sind von der Finanzlage des Reiches abhängig. Selbst wenn man günstig rechnet, hat das Reich immer noch

ein Jahresdefizit von 9—10 Milliarden Mark.

Aus weiteren Verbrauchsabgaben kann man diese nicht decken. Also bleibt nichts anderes übrig, als die Einführung eines neuen großen Notopfers. Das jetzt beabsichtigte Notopfer geht uns lange nicht weit genug. Die Fabrikanten empfinden es lediglich als eine Betriebssteuer und werden versuchen, es auf die Konsumenten abzuwälzen. (Sehr richtig! links.) Dem Uebergang der Steuerhoheit auf das Reich steht meine Partei durchaus sympathisch gegenüber. Wir hoffen, daß bald auch

Oesterreich-Ungarn diesem deutschen Einheitsstaat einverleibt

wird, dazu auch die deutschen Volksstämme, die jetzt durch den Machtspruch der Entente von ihm abgetrennt sind. Deutschland ist durch den Krieg arm geworden und muß sich in seinem Konsum Einschränkungen auferlegen. Die Hauptsache zur Gesundung unserer Finanzlage ist die möglichste Steigerung unserer Erzeugung. Deutschland hat sich schon oft aus schwierigen wirtschaftlichen Lagen herausgearbeitet, ich glaube, es wird ihm auch diesmal gelingen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Schmedding** (Z.): Wir wünschen, daß Preußen denselben Weg geht wie das Reich, daß es Zahlungen in Staatspapieren zuläßt. Bei der Neuregelung der Beamtenbesoldung muß vor allem die Sorge für die Familie im Vordergrund stehen.

Abg. **Hoffer** (Dem): Der unabhängige Abgeordnete Leid hat sich gegen die lebenslängliche Anstellung der Beamten ausgesprochen. Nun wissen die Beamten, was sie

von einer unabhängigen Regierung zu erwarten

haben. (Zuruf des Abg. Weyl: Wir sind gegen Beamtenvorrechte!) Wir verlangen dieses Vorrecht, da von uns andere Pflichten verlangt werden als von den Arbeitern. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Unerhört ist die Einwirkung der Deutschnationalen auf die Beamten, den Eid auf die Verfassung unter Vorbehalt zu leisten. Das heißt, den Beamten pharisäerhaftes Auftreten zumuten. (Große Unruhe rechts.) Mit der Schaffung eines neuen Beamtenrechts muß endlich ernst gemacht werden.

Abg. **Meyer-Herford** (D. Vp.): Wir verlangen, daß der Beamte seine Pflicht tut, wie er es nach der Verfassung gelobt hat. Die Supernumerarzeit muß abgekürzt werden; zum mindesten sind Tagegelder zu zahlen. Auch wir sind für feste Einstellung der Hilfsbeamten, für freiheitliche Entwicklung des Beamtenrechts und lebenslängliche Anstellung. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr. Außerdem kleine Vorlagen.

Schluß 5¼ Uhr.

Die Arbeitsgemeinschaft.

Von linksradikaler Seite wird die zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft auf das entschiedenste bekämpft und als ein Werk von Arbeiterverrätern bezeichnet. Um dem nicht durch politischen Fanatismus verblendeten Teil der Arbeiterschaft von sachkundiger Seite Aufklärung über das Wesen der Arbeitsgemeinschaft geben zu lassen, hatten unsere Parteigenossen im Metallarbeiterverband am Dienstag eine Versammlung der Verbandsmitglieder einberufen, die der S. P. D. angehören. Die Versammlung fand im großen Saale des Lehrervereinshauses statt, der bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Der Referent Adolf Cohen erläuterte in einem anderthalbstündigen Vortrage den Zweck und den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft. Die Anregung zur Schaffung derselben ist schon vor der Revolution gegeben worden. Man ging davon aus, daß ein Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nicht möglich ist ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. Die Vertreter der Arbeiter haben gründlich darüber beraten, unter welchen Bedingungen sie sich an der Arbeitsgemeinschaft beteiligen können. Sie waren sich klar darüber, daß man wohl eine politische, aber

nicht eine wirtschaftliche Revolution über Nacht durchführen kann.

(Sehr richtig!) Wenn die Verhältnisse gegenwärtig noch nicht reif sind für die volle Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft, so müssen die gegebenen Umstände doch im Interesse der Arbeiter restlos ausgenutzt werden. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, forderten die Gewerkschaften als Vorbedingung ihrer Mitarbeit die Erfüllung ihres Programms: Gleichberechtigung der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage, Einführung des Achtstundentages.

Diese Forderungen, für deren Anerkennung die Gewerkschaften seit Jahrzehnten gekämpft haben, sind durch die Arbeitsgemeinschaft verwirklicht. Die Gewerkschaften sind als die berufene Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt.

Die Arbeitsgemeinschaft ist eine über ganz Deutschland verbreitete Organisation, in der die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter in gleicher Zahl und mit gleichen Rechten vereinigt sind. Alle Industriegruppen sind in ihr vertreten und in 14 Industriegruppen eingeteilt. Die Spitze bildet der Zentralausschuß, der einen Zentralvorstand hat. Jede der Industriegruppen bildet eine Reichsarbeitsgemeinschaft, die Unterabteilungen für die hauptsächlichsten Berufe hat. Diese Teilgruppen sind nach Bezirken und Orten gegliedert. Nur die Organisationen können Vertreter in die Körperschaften entsenden. Der Aufbau ist derart, daß er kein Hindernis für die praktischen Bedürfnisse der Arbeiter sein kann. Die Befürchtung, daß in gewissen Fällen die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften — die ja auch der Arbeitsgemeinschaft angehören — den Ausschlag zugunsten der Unternehmer geben könnten, ist hinfällig, denn bei Abstimmungen stimmen die Unternehmer und die Arbeiter getrennt. Ein Antrag gilt nur dann als angenommen, wenn er die Mehrheit der Unternehmer und auch die Mehrheit der Arbeiter bekommen hat.

In diesem Jahre sind durch die Arbeitsgemeinschaft schon mehr Tarifverträge abgeschlossen als in all den Jahren, wo wir uns um den Abschluß von Tarifen bemüht haben. — Gewiß, wir fordern mehr, als durch die Arbeitsgemeinschaft erreicht werden kann. Aber wir müssen mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen und nehmen deshalb, was wir im Augenblick erlangen können, ohne auf unsere weitergehenden Forderungen zu verzichten.

Wir wollen auch mitwirken in dem in der Verfassung festgelegten Reichswirtschaftsrat. Da dieser erst im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden muß, ist für die Zwischenzeit eine vorläufige Körperschaft, genannt Wirtschaftsrat, gebildet worden, dem Vertreter

des Handels, der Industrie, der Arbeiter und der Konsumenten angehören. Auch ich (Redner) bin Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Seine Aufgabe ist, das Wirtschaftsleben so zu regeln, wie es dem Interesse des Volkes entspricht. Die Lösung der wirtschaftlichen Fragen ist ebenso wichtig wie die Lösung sozialer Aufgaben. Wenn wir erfolgreich mitarbeiten wollen, müssen wir uns die nötigen Kenntnisse in wirtschaftlichen Dingen aneignen.

Lernen müssen wir. Große Worte und radikale Resolutionen können uns nicht helfen.

(Zustimmung.)

Zur Frage der Betriebsräte sagte der Redner, wenn neben den Gewerkschaften eine Organisation der Betriebsräte aufgebaut wird, so muß das zu Kollisionen führen. Soweit die Betriebsräte zweckmäßig sind, ist ihnen in der Arbeitsgemeinschaft Raum gegeben. Sie haben in den Betrieben darauf zu achten, daß die Rechte der Arbeiter durchgeführt werden. Sie sollen aber nicht selbständig Lohnbewegungen für die einzelnen Betriebe führen. Das würde uns zum Syndikalismus bringen. Wir bestehen darauf, daß die Arbeitervertreter bei allen Fragen, die im Betriebe zu behandeln sind, mitwirken und wenn hier keine Einigung zustande kommt, dann soll eine unparteiische Instanz entscheiden. Daß die Arbeitervertreter das Recht haben, die Geschäftsbücher einzusehen, die Bilanzen zu prüfen und in den Aufsichtsräten zu sitzen, ist von großer Wichtigkeit, hat aber für uns erst dann eine wirkliche Bedeutung, wenn die Betriebsräte verstehen, was sie in den Geschäftsbüchern lesen, wenn sie die Dinge nach eigener Kenntnis beurteilen können und nicht angewiesen sind auf das, was ihnen die Beauftragten der Unternehmer sagen. (Sehr richtig!) Wir wollen durch unsere Mitarbeit das Wesen, die Seele des Betriebes kennenlernen. Darum müssen wir bei der Wahl der Betriebsräte vorsichtig sein.

Wehe der Arbeiterschaft, die die Wahl des Betriebsrates von seiner Parteizugehörigkeit abhängig macht oder den wählt, der das kräftigste Großmaul ist.

(Beifall.) Es ist ein ungeheurer Erfolg, wenn das, was in der Vorlage des Betriebsrätegesetzes steht, verwirklicht wird und wir alle Plätze mit tüchtigen Kräften besetzen können.

Die sozialistische Gesellschaft ist unser Ziel.

Die Arbeitsgemeinschaft versperrt nicht den Weg zu diesem Ziel, sondern sie ist ein Meilenstein auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaft. Durch Schreien erreichen wir unser Ziel nicht. Es muß erarbeitet werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion führte Genosse Büchel aus, in der Arbeitsgemeinschaft sei das verwirklicht worden, was Richard Müller auf dem zweiten Rätekongreß beantragt hatte. Weiter trat der Redner dafür ein, daß neben den Betriebsräten die Gewerkschaften weiter bestehen müssen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, während die Betriebsräte in Fragen der Produktion mitzuwirken haben.

Nachdem die Diskussion über die Arbeitsgemeinschaft beendet war, kam es noch zu einer kurzen Aussprache über den Metallarbeiterstreik. Wuschick wandte sich gegen einen Artikel der „Freiheit", der sich mit seinen (des Redners) Ausführungen in der Agitationskonferenz am Sonntag beschäftigte. Die „Freiheit" — sagte Wuschick — sucht einen Gegensatz zwischen uns und den Unabhängigen hinsichtlich des Streiks zu konstruieren. Ein solcher Gegensatz besteht nicht. Ich wiederhole, was ich am Sonntag sagte: Soweit es sich um einen wirtschaftlichen Kampf handelt, unterstützen wir ihn. Im Kampf für die wirtschaftliche Besserstellung unserer Kollegen gibt es für uns keinen Unterschied der Parteien. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Aber es läßt sich nicht ableugnen,

daß Drahtzieher am Werke sind, die den Streik ins politische Fahrwasser drängen möchten.

Die Metallarbeiter machen dabei nicht mit. Ich weiß, daß Bestrebungen am Werke sind, um die Elektrizitätswerke nicht nur hier, sondern auch in Bitterfeld zum Stillstand zu bringen. Auch die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke sucht man für diese Absicht zu gewinnen. Am Sonntag wurde mir auf der Konferenz erwidert, die Forderungen der Gemeindearbeiter seien schon am 1. Juli gestellt. Das ist richtig. Aber in einer Versammlung am 10. September hat jemand, der behauptet, die Elektrizitätsarbeiter hinter sich zu haben, angeblich im Namen einiger anderer Organisationen Forderungen für die Gemeindearbeiter vertreten, die weit über die Forderungen vom 1. Juli hinausgehen. Die Ablehnung der Forderungen will man benutzen, um die Arbeiter in den Streik zu ziehen. — Für uns kann es nur die eine Aufgabe geben, für die wir unsere ganze Kraft einsetzen wollen: Den Lohnkampf der Metallarbeiter zum günstigen Abschluß zu bringen. Sobald es sich aber nicht mehr um einen Lohnkampf, sondern um einen politischen Kampf handelt, werden wir dazu Stellung nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch einige Redner betont hatten, daß die Metallarbeiter aller politischer Richtungen im Lohnkampf vollkommen einig sind, nahm die Versammlung einstimmig die Resolution an, welche wir in der Mittwoch-Morgenausgabe mitgeteilt haben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stahnsdorf. Morgen, 8 Uhr, im Lokal „Zur Post": Oeffentliche Versammlung. Zillinger: „Was will der Arbeiter-Turnerbund?" — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten.** Bezirk Pankow. Mitgliederversammlung Freitag, 7½ Uhr, im Türkischen Zelt, Pankow, Breite Str. 14. Tagesordnung: **Holz- und Kohlenfrage.** — **Arbeiter-Stenographen-Bund Intersystemal.** Sitzung jeden Freitag von 7—9 im Patzenhofer, Fruchtstr. 71. Anfängerkursus nach Stolze-Schrey Freitag, 3. Oktober, letzter Anmeldetag.

Sportnachrichten.

Die Freie Turnerschaft Berlin hat im Norden Berlins eine Mädchenabteilung eröffnet. Turnstunden Montags und Donnerstags von 6—8 Uhr Turnhalle Demminer Str. 27. Beitrag monatlich 25 Pf., Einschreibegeld 35 Pf. — Mädchen und Frauen, die der zu eröffnenden Frauenabteilung beitreten wollen, können sich bei der Leiterin der Mädchenabteilung melden. — **Touristenverein „Die Naturfreunde".** Heute 8 Uhr: Mitgliederversammlung Ohmstr. 2. Sonntag: Hangelsberg, Kienbaum, D.-Müncheberg. Abf. Schles. Bhf. 5.30, Friedrichstraße 5.15. — **Schwimmverein „Vorwärts",** Berlin 1897. Monatsversammlung Sonnabend, 4. Oktober, abends 7 Uhr, Dresdener Str. 45.

Briefkasten der Redaktion.

Abrechbuch. Im Café Bauer, 1 Treppe.

A. F. 1884. Es kann Befreiung von der Vorschrift des Alters durch den Justizminister eintreten. Der Adoptionsvertrag ist vor dem Gericht oder vor einem Notar zu schließen und vom zuständigen Amtsgericht zu bestätigen. Antrag an das Polizeipräsidium auf Namensänderung müßte seitens des Vormundes gestellt werden, erscheint aber aussichtslos. — **A. K., Lenbachstr. 13.** 1. Sämtliche Kinder, auch die Töchter sind den Eltern gegenüber unterhaltspflichtig, sofern sie dazu ohne Verletzung des eigenen Unterhalts imstande sind. 2. Nein, falls Sie vermögenslos sind. 3. Ja, falls der Verdienst ausreicht. — **G. E. 11.** 1. Die Zeit muß abgewartet werden. 2. Antrag bei der für Ihre Wohnung zuständigen Bezirksfürsorgestelle. — **A. St. 10.** Ja. — **100. O. R.** Ja. —

Sozialdemokrat. Verein Berlin (S. P. D.).
Unser Mitglied
Franz Dietrich
Korsörer Str. 23
ist am 29. September 1919 verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt am 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38.
Kranzspenden verbeten!
Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines heißgeliebten Mannes, unsres guten Bruders, Schwagers und Onkels 35b
Paul Krüger
sage ich allen Freunden, Bekannten sowie den Mietern des Hauses Krossener Str. 21 im Namen aller Angehörigen unseren herzlichsten Dank!
Frau Ella Krüger geb. Bode.

Spezialarzt
Dr. med. Lommer
Harn- und Blutuntersuchung
Behandl. schnell u. sicher ohn. Berufsstörung. Teilzahlung.
Brunnenstr. 185 (nahe Rosenthaler Platz).
Sprechz. 9-1 u. 4-8. Sonnt. 9-12.

Dr. med. Laabs
Spezialarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.

Spezialarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 190 II,
Eingang Kronenstraße.
Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Heilmethode.
Harn- und Blutuntersuchung.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben.
Erprobte und schmerzlose Behandlung
in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik
Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Separates Damenzimmer

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor
Spr. 11—1, 6—8, Sonnt. 11—1
Erfolgreiche Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. In Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin + Städtische und Gemeindebetriebe.
Freitag, den 3. Oktober 1919, abends 6 Uhr,
in Brauers Festsälen (Königsbank), Große Frankfurter Straße 117:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung:
Bericht über die Tarifverhandlungen.
Die Vertrauensleute und Arbeiter-Ausschußmitglieder aller Gemeindebetriebe Groß-Berlins müssen erscheinen. Verbandsausweis ist vorzuzeigen. 83/1
Die Ortsverwaltung.

20 öffentliche Volksversammlungen
am Freitag, den 3. Oktober, abends 7½ Uhr.
1. Referat:
Eltern, schafft die weltliche Schule!
2. Diskussion.
1. Berlin N: Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25.
2. „ N: 183. Gemeindeschule, Müllerstr. 158/159.
3. „ N: 122. „ Demminer Str. 37.
4. „ N: 51./304. „ Schönfließer Str. 7.
5. „ NO: Königstädt. Lyzeum, Greifswalder Str. 24/25.
6. „ O: 268. Gemeindeschule, Frankfurter Allee 37.
7. „ S: Luisenstädt. Oberrealschule, Dresdener Str. 113.
8. „ S: Friedrich-Realgymnasium, Schleiermacherstr. 23.
9. „ W: Charlotten-Lyzeum, Steglitzer Str. 29.
10. „ NW: 216./222. Gemeindeschule, Rostocker Str. 32.
11. „ C: Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17.
12. Weißensee: Reform-Realgymnasium, Woelckpromenade 32.
13. Lichtenberg: Realgymnasium, Parkaue.
14. Karlshorst-Friedrichsfelde: Realgymnasium, Treskowstr. 44.
15. Adlershof: Wollheims Lustgarten, Bismarckstr. 73.
16. Neukölln: Realschule, Boddinstr. 34/39.
17. Schöneberg: Uhlandschule, Kolonnenstr. 34/39.
18. Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Str. 19/21.
19. Lankwitz: Gemeindefesthalle, Dillgesstraße.
20. Charlottenburg: Hindenburg-Realschule, Guerickestr. 32.
Die Referenten sind Lehrer und Lehrerinnen aller drei sozialistischen Richtungen (S. P. D., U. S. P. D., K. P. D.).
Vereinigung sozialist. Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins.

Achtung! Arbeiter u. Angestellte der „Ufa"
Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in den Kammer-Lichtspielen am Potsdamer Platz:
Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag über Ziel u. Zweck der Betriebsräte.
Referenten von beiden Vollzugsräten.
Freie Aussprache. Verschiedenes.
Alles muß erscheinen! Die Betriebsräte werden gebeten, ihren Betrieb vollzählig zur Stelle zu bringen.
219/13* Paul Labigki, Arbeiterrat der „Ufa".

Deutscher Portierverband.
Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Geschäftsstelle: W. 62, Bayreuther Straße 31.
Heute Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr,
im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstr. 72:
Branchen-Versammlung
aller in Wohnhäusern beschäftigten Portiers und Hausreiniger.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen jedes Kollegen Pflicht. 219/18 Die Branchenleitung.

Ausgesperrte des Dynamowerks!
Die Lohnzahlung findet am Donnerstag, den 2. Oktober, in folgender Weise statt:
Abteilung 1—20 in der Zeit von 1 —1½ Uhr
„ 31—59 „ „ „ „ 1½—2½ „
„ 60—91 „ „ „ „ 2½—3 „
Nähere Informationen im Streiklokal.
219/19 Der Arbeiterrat.

Handelsschule (Realschule)
Berlin S 14, Dresdener Straße 90, erteilt Einjährigen-Zeugnis. Bisher bestanden 1619 Schüler die Schluß- und 90 Schüler die Notprüfung. Anmeldung wöchentlich 12—1 Uhr im Amtszimmer, 2. Hof. Direktor Engelberg. 90/2*

Platina Gramm bis 46 Mark
Alte Gebisse bis 750 Mark
Gold-, Silber-Zähne mit Platinstiften bis 38 Mark
kauft Frau Linke, Blücherstraße 48, Portal I, vorn III.

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 76, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen
Harn- und Blutuntersuchungen.

Auf Anordnung des Amtsgerichts ist am 19. 9. 19. die Berliner Elektriker-Genossenschaft (E. G. m. b. H.) in Berlin, Geschäftsstelle Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24, unter Nr. 832 im Genossenschaftsregister eingetragen worden. 33b
Nächste außerordentliche Generalversammlung am Donnerstag, den 9. Oktober 1919, pünktlich 5½ Uhr, bei Hummel, Sophienstraße 5. Dortselbst Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.
Fritz Lindau. Rudolf Kindt.

Wegen Aufgabe einiger Mittelstandsküchen
1 größerer Posten verschieden. Arten
Stühle, Tische, Büffetts, Schränke, Regale
billig abzugeben. Näheres Verein f. Kindervolksküchen Nürnberger Platz 4, Uhland 6768. Besichtigung Kantstraße 156 (Stadtbahnbogen) von 9—4 Uhr. 622

25 Jahre lang
treue Kunden u. tausende Anerkennungen höchster Zufriedenh. sind d. beste Zeugn. für meine gar. unschädliche
Alcolor-Haarfarbe
echt u. natürl. färbend. In all. Farbtönen erh. Fl. 4.—, 6.—, 9.— M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Alte Weinstuben **J. F. Rauch**
Brunnenstr. 174, nur neb Goldgesch. Busse. Friedrichstr. 11, Gr. Frankf. Str. 112 neb. Jandorf.

Endlich
ein guter, zuckergesüßt., preiswerter, kräftiger Likör:
Körners Original Stonsdorfer
Kognak!
Zuckergesüßter Sekt,
Echt Schwarze Steinhäger,
kräftig. Vorzügl. Rotweine.
Süßer Obstschaumwein,
Süßer Maitrank, Fl. 3,75 Mk.

Tischlermaschinen, Motoren, ganze Anlagen kauft Hirsch, Bautstr. 39 Teleph.: Humboldt 341.

Gutenhaltene Emaille-Töpfe,
in allen Größen, ferner 1 Posten defekter
Töpfe, Wannen, Schüsseln
billig abzugeben.
Nähere Auskunft erteilt: Ver. f. Kinder-Volksküch. Nürnberger Platz 4, Uhland 6768. 612
Besichtigung: Bahnhof Zoo, Stadtbahnbogen, Rettsaal Franke, von 9—4 Uhr.

Achtung! Achtung!
Arbeiter Berlins!
Die 15er-Kommission und das Metallkartell haben beschlossen, zur Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter der Metallindustrie einen Unterstützungsfonds durch Vertrieb von Streikmarken à 5 und 10 M. zu schaffen.
Streikmarken sind in den Bureaus der Gewerkschaften während der üblichen Bureauzeit durch die Obleute aller Betriebe zu entnehmen. Wir appellieren an die Opferfreudigkeit des Berliner Proletariats.
Das Metallkartell. Die 15er-Kommission.
Für die Obleute des Metallarbeiter-Verbandes sind Marken täglich von 2—4 Uhr im Bureau, Linienstr. 83/85 im Zimmer 12 zu entnehmen. 128/13*

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Spezial-Arzt Dr. Skotti Dir.: Löser senior
Harn- u. Blutuntersuchungen. Elektr. u. mediz. Bäder,
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet. —

Spezial-Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Bestrahlungen, Höhensonne, Vierzellen-, Elektr. u. med. Bäder.
Aerztliche Heilanstalt **Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1.

Dr. med. Hollaender
Spezialarzt
Aufklärende Broschüre Nr. X.
1,50 M. gegen Nachnahme.
Berlin, Leipziger Str. 108 } täglich 11—1, 5—7 Uhr,
Hamburg, Kolonnaden 26 } Sonntags 11—1 Uhr.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10 Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Vereinigung Gr.-Berliner Kraftfahrschulen
bildet Kraftwagenführer aus.
Näheres durch d. Geschäftsstelle: Berlin, Charlottenstr. 86. Fernruf: Moritzplatz 1256.

Kaiser-Allee,
ganz nahe dabei, ist ein modernes Rentenhaus sehr billig mit schönem Ueberschuß zu verkaufen; das Haus enth. Wohnungen von 4 und 5 Zimmern, hat Warmwasserversorg. und Ofenheizung.
Bei einem Mietertrage von M. 22 000 kostet das Haus M. 260 000. Bei Kauf wird eine 5-Zimmer-Wohnung frei. 192R
Isr. Schmidt Söhne
Leipzig. Str. 112, C. Mauerstr. Str. 12600-8, 3066, 10871-2.

Elektromotore
Gleichstrom : : Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

! Hautjucken
(Krätze) wirksames Spezialmittel
1 Pers. 7,50 M., 2 Pers. 14 M.
Apotheker Lauensteins Vers. Spremberg L. 44.

Möbel
Speisezimmer
Eiche, schwere, solide Arbeit, komplett mit Zugtisch und Stühlen mit echtem Leder von
M. 3225,— an.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100.

Ninska Apparat; damit entfernt man restlos jeder Haarnisse aus Frauenhäuten. M. 17,70 franko. (Prospekt geg. —.20 Briefporto.)
C. Robisch, München 20.

Wasch-Emaille-Kessel,
neu, 75 u. 90 Liter,
Eismaschinen, Messerputzmaschinen, Gemüseschneidemaschinen
billig abzugeben. Nähere Auskunft Verein f. Kindervolksküchen, Nürnberger Platz 4, Uhland 6768. Besichtigung Bahnhof Zoo, Stadtbahnbogen, Reitsaal Franke, von 9—4 Uhr.

MÖBEL
Lieferung kompletter
Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer
ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.
MÜLLER
Berlin, Alexanderstr. 31.
Tel. Kgst. 1737.

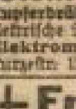
Juwelen
Perlen
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9
Tauentzienstr. 18 A.
Tel.: Zentr. 5964.

Ankauf von
Juwelen
Perlen, Smaragde usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Bei Hautleiden, **offene Füße,** skroph. Ekzema, alten Schäden, Krampfaderleid., **Flechten**
Versuchen Sie die hautbildende, juckreizstill. antisept. Wundsalbe
Crinol
aus dem Crinolwerk, Chem. Fabr. Weinböhla i. Sa.
Aerztl. empf. Dose Mk. 2,50. Zu haben:
Barbarossa-Ap., Kurfürstendamm 264.
Engel-Ap., Kanonierstr 44.
König-Salomo-Apotheke, Charlottenstr. 54.
Wittes Ap., Potsdamer Str. 85.
Diana-Apotheke, Turmstr. 28.
Germania-Apoth., Lothringer Straße 50.
Oranien-Ap., Elisabethufer 34.
Mariannen-Ap., Mariannenplatz 5.
Apotheke am schles. Tor, Skalitzer Straße 72.
Gust.-Adolf-Ap., Koloniestr. 1.
Alexand.-Ap., Alexanderstr. 5.
Borussia-Ap., Schönh. Allee 66.
Hohenstaufen-Ap., Kottbuser Damm 12.

Achtung!
Platin Gramm 46.-
Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten, sow. unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten z. den höchsten Kurs- u. Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N 54,
Brunnenstr. 168
Amt Humb. 3448

Rechtsrat
Wilmersdorf. Str. 125 (Chlbg.)
Sprechstunden 9-7 (Sonnt. 9-1)
Prozesse, Straf-, Steuer-, Alimenten-Vertrauenssachen.
Spez.: Ehescheidung. Gütertrennung.
Rateinteilung kostenlos.


Lombard-Haus
II. Graff, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beleihung
Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10—50% unt. Ladenpr.
Zentrum 1964 Geschäftsz. 1904

Elektro-Motore
Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft
Elektromechanik Zentrum
Kurzestr. 18. Tel.: Alex. 4782

+ Frauen +
hygien. Gummiwarenhaus von Frau Anna Hein, fr. Oberhebamme a. d. geburtshilfl. Klinik der Charité Berlin, älteste Spezialgeschäft f. sämtl. Frauenbedarfsartikel. Irrigatoren, Leibbinden, Menstrualbinden, Gummistrümpfe, Gummisauger in bekannter Qualität u. soliden Preisen. Sprechzeit 10—5. Frau Anna Hein, Berlin 100, Potsdamer Str. 106a. 1007E*

Konkurrenzlose Erwerbsmöglichkeiten,
durch Ausnutzung freier Zeit bietet A. Seng, Cassel Nb 183.

Richtige Gamaschen
sind immer
„Peitsche"
gestempelt. 87/0*

Matratzen-Wolle,
auch in kleinen Posten, ständig zu kaufen gesucht. Mengenangabe erwünscht. 10/9
Georg Korant, Berlin-Friedenau, Körnerstraße 48 B. Tel.: Steglitz 770. Telegramm: Betzabfall-Berlin.

Speisezimmer
Herrenzimmer, Schlafzimmer, Saloneinrichtungen, Küchen, Leder- u. Gobelin-Klubgarnituren, Standuhren, Sofas, deutsche und echte Teppiche, Portieren, Chaiselongues, Tischdecken in riesig großer Auswahl zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert,
Möbelhaus für Gelegenheitskäufe,
Lothringer Str. 55, Rosenthaler Platz.

Blüthnerpiano
Schwechten, Mann, Ede, Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. Konetzny, Alegandestr. 37 (Alexpl.).

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Die Stimme aus dem Grabe
Reden von
JEAN JAURÈS
Gesammelt u. besprochen von VICTOR SCHIFF
Preis Mk. 1,50

Opernhaus.
Rappelkopf.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Peer Gynt.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 U.: Kaufmann von Venedig.
Freitag 7 Uhr: Othello.
Kammerspiele.
8 Uhr: Nju.
Freit. 7: Die Büchse d. Pandora

Theater i. d. Königgrätzer Straße
7 Uhr: Kabale und Liebe.
Freitag: Kameraden.
Sonnabend: Kameraden.

Komödienhaus
½8: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
7 Uhr: Neueinstudiert
Bummelstudenten
(Hilde Wörner, Melitta Kiefer, Emil Birron, Julius Brandt, Berthold Reißig, Paul Rehkopf, Hermann Picha, Hellmuth Bathe, Otto Schiller.)

Central-Theater
7½ Uhr: Die Faschingsfee.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Cavalleria rusticana.
Die Schwätzerin v. Saragossa.
Eden-Theater
7 Uhr: „U. A. w. g."
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
7½ Uhr: Helden.
Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Krach.
Komische Oper
7½ U.: Liebeszauber.
Stg. 3¼: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7¾ Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
Heute geschlossen.
Sbd. z. 1. Male 7 Uhr: Sybill.
Neues Operettenhaus.
7½ U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Viel Lärm um nichts
Thalia-Theater
7½ U.: Junger Sonnenschein
Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: Der Wildschütz.
7½ Uhr: Die Puppe.
Theater des Westens
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Stg. 3¼ U.: Die lustige Witwe.
Theater „Die Tribüne"
7½ Uhr: „Die Wandlung."
Theater d. Friedrichstadt
7½ U.: Vier Einakter.
Wallner-Theater
7.35 Uhr: Eine Ballnacht.
Sonntag 3¼ Uhr: Geisha.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße, Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 8 Uhr. Heute zum 251. Male
Das höhere Leben.
Komödie von Sudermann.
Olga Limburg, Harry Liedtke, Rosa Valetti, Emma Debner.
Sonnab. nachm. 4, kleine Pr.: Hänsel und Gretel.
Sonntagnachm. 4, kleine Pr.: Gespenster.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise: Schneewittchen.
Heute 7½: Zum 2. Male
Maskerade.
Komödie in 4 Akten von Ludwig Fulda.
Hansi Arnstädt, Eugen Burg, Käthe Dorsch, Marietta Olly, Paul Bildt, Jul. Falkenstein, Hugo Flink, Paula Levermann.
Sonnabendnachm. 4, kleine Pr.: Aschenbrödel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.: Johannisfeuer.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage: Das Mädel v. Ballett
Gesangsposse in 4 Akten.
Sonnabd. 3: Max und Moritz.
Sonntag 3: Charlotte Klinger.

Casino-Theater
Lothringerstraße. Tägl. ¾8 U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbüble.
Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag ½4: Mädchenehre.

Reichshall.-Theater
7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Reichshallen-S.:
Dönhoff-Brettl.

Admirals-Palast.
Internat. Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen um die Meisterschaften von Deutschland.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino
Die Rache des Titanen
mit Fern Andra.

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: Der Schwarzkünstler.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7½: Christa die Tante.
Freitag 7½: Christa die Tante.
Sonnabend 7: Peer Gynt.
Sonnt. 7½: Christa die Tante

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½:
Das Schloß am Wannsee.

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ allabendl. 7½ Sonnt. 3½ u.
Die Welt im Jahre 2000!
Große Varieté-Ausstattungsschau i. 5 Bildern
In Szene gesetzt von Dir. James Klein.
Unter anderem:
Modenschau i. Jahre 2000
10 Ikarier zu Pferde / Akrobatische Spiele
Tänze / Effekte a. d. Jahre 2000
Senta Söneland
Lucie Blattner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer usw.
Sonnt. 3½ i. Erwachs. 1 Kind frei!

Circus Busch
Donnerst., 2. Okt., ab. 7½ U. zum 8. Male
die v. Publik. u. Presse m. unget. Beifall aufg. tragikom. Pantomime
„Aphrodite"
in 3 Akt. v. Paula Busch
In den Hauptrollen:
Die Verfasserin
Paula Busch und Georg. Blanvalet
Vorher d. gr. Circus-Progr.
Freitags u. Dienstags, 8 U., nur Boxkämpfe!

KÖNIGIN
Kurfürstendamm 235
Wein-Restaurant I. Ranges
Fünf-Uhr-Tee
Täglich nachm. u. abends:
Tanz-Vorführungen.

Linden-Restaurant
Eingänge:
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 62
allseitig gerühmte Küche!
Echt Pilsener und Münchener Biere
Kapelle Michälek
Geschäftsleitung:
Tonndorf-Betriebe
Gh. Arno Tonndorf

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Gesetz.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Kleine Sklavin.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Seidel, Ruselli, Schubert, Horst, O. Schrader etc.
Neues Programm!
Großer Lacherfolg!
Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
1 Kind frei!
Blüthgen-Konzert: Beg. 7 U.

Metropol-Theater.
Sonnabend, den 4. Oktober cr.
Zum 1. Male
7 Uhr
Sybill.
Große Ausstattungs-Operette in 3 Akten
von Max Brody und Franz Martos.
Uebersetzt u. bearbeitet v. Bodansky u. Reichardt.
Musik von Victor Jacobi.
In Szene gesetzt von
Direktor Fritz Friedmann-Frederich.

UFA Mozartsaal
Sonntag, den 5. Okt.
Rose Bernd
nach dem gleichnamigen Schauspiel von
Gerhard Hauptmann
Für den Film bearbeitet u. inszeniert von A. Hilllmuth
Henny Porten
in der Titelrolle
Erstmalig Sonntag vormittags 11½ Uhr
Wohltätigkeits-Matinee
zugunsten der „Unterkunft für hilfsbedürftige Wöchnerinnen und deren Säuglinge"
Preise der Plätze zur Wohltätigkeits-Vorstellung: 10 bis 30 Mark
Beginn der regelmäßigen Vorführungen zu den gewöhnlichen Kassenpreisen
Sonntag .... 4, 6, 8 Uhr
Montag .... ½7, ½9 Uhr
Vorverkauf zu sämtlichen Vorstellungen täglich 11 bis 1 Uhr und an der Abendkasse des Mozartsaals

MARMOR HAUS — **THEATER AM MORITZPLATZ**
RIESENERFOLG
Der große Ausstattungsfilm
PRINZ KUCKUCK
frei nach dem Roman von
Otto Julius Bierbaum
Regie: **Paul Leni**
∴ Ballett Charell. ∴
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.
4 6¹⁵ 8³⁰ | 6³⁰ 8³⁰

Heidemann
in der
Schauburg
am
Potsdamer Platz
Persönlich

Schmiedeberger Schnellfärberei u. Reinigungsanstalt
liefert erstaunend billig, da keine hohen Mieten usw. innerhalb 8 Tagen. Eilsachen in 3 Tagen.
Annahmestellen: Graumann, Kelbelstr. 42 I, Zernick, Rückerstr. 6 III, Herzog, Paulstr. 11 I, Gottschalk, Reichenberger Str. 13, Freidling, Steglitz, Albrechtstr. 21a.

Peltzer Grill
HERMANN PELTZER
WEIN-RESTAURANT
Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Wir warnen Sie!
zu heiraten, ehe Sie nicht die hochwichtige Aufklärungsschrift von Dr. Bergner: „Aerztliche Belehrungen und Ratschläge im Eheleben" gelesen haben. Soeben in 19. Auflage, mit zwei farbigen zerlegbaren Modellen des weiblichen und männlichen Körpers, erschienen. Das Buch ist trotz des delikaten Themas sehr dezent geschrieben und durchaus nicht zu vergleichen mit den zahlreichen Schundschriften gleichen Titels. — Preis mit Modellen 5,00, Nachnahme 5,60 M. 164/17
Linser-Versand G.m.b.H., Berlin-Pankow Nr. 100

TERAS
Hautcreme
Max Schwarzlose Berlin
„Wenig hilft viel"

Pianos
Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchte Instrumente. In eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 8 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 8 Tagen gefärbt und in 24 Stunden chemisch gereinigt. Abholung und Zustellung kostenlos.
Original-Englische Stoff-Auswahl.
Trauersachen in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

RIESENVERDIENST
erzielen Männer und Frauen durch den Vertrieb meiner Massenartikel. Jedermann ist Käufer! Verlangen Sie im eigenen Interesse sofort Gratisprospekte. Neuheiten-Vertrieb Eisner, Stuttgart, Schloßstraße 57 B. 463D

Der neue Roman
Hermann Essigs
erster großer literarischer Erfolg
Hermann Essig
Der Taifun
Roman aus der Berliner Kunstwelt
Geheftet .. M. 5.—
Gebunden M. 7.50
Die Freiheit, Berlin:
„Hier ist eine Höhe der Kunst erreicht, die alle ‚Kunstgesetze' lächerlich macht. Naturalismus, Realismus, Verismus, Expressionismus, Dadaismus — das Buch ist das alles — und ist nichts von alledem. Es ist Natur. — Kein blutvolleres Buch wurde je geschrieben. — Nun wird man hoffentlich erkennen, wer Hermann Essig war. An diesem Buche können sie einfach nicht vorüber."
*
In allen Buchhandlungen erhältlich
KURT WOLFF VERLAG

Spezialgeschäft für Uhren.
Großes Lager in echt silbernen Unter-Uhren u. goldenen Herren-Uhren „Systeme Glashütte". Damen-Uhren, Armband-Uhren, Kuckucks-Uhren, Leucht-Uhren u. gewiss, genau reguliert.
E. Möbis, 14 Beuthstr. 14 a. Spittelmarkt
Zur gütigen Beachtung:
Vom 1. Okt. wieder vorm. 9 bis 7 abends geöffnet.

Zur Einmachzeit
Surol — **Ceka**
besonders preiswerter u. vorzüglicher Einmache-Haushaltungs- und Salat-Essig
Unter ständiger Kontrolle des Nahrungsmittelchemikers
Man achte auf den geschätzten Namen
Surol
grünes Etikett und weißen Verschlußstreifen.
gesüßter Einmache- u. Salat-Essig mit allen Gewürzen fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz
Unter ständiger Kontrolle des Nahrungsmittelchemikers
Man achte auf den geschätzten Namen
Ceka
rotes Etikett und roten Verschlußstreifen.
CARL KÜHNE BERLIN N 31
Wo nicht erhältlich, wende man sich an die Fabrik, die Verkaufsstellen aufgibt.
Fernsprecher: Humboldt 3604, 3664, 3665.

Juwelier Siegele
Berlin NW
Friedrichstraße ...
Brillanten von höchstem Feuer
Perlen

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschien: Vor 1900 Jahren! Wer war Jesus Christus?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten nur einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus ... von Ferd. Schmidt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis M. 1,50, schön gebunden M. 2,50, Nachnahme 50 Pf. mehr. Bücherkatalog gratis.
Grosser Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

Ankauf von **Juwelen** **Brillanten**
STOESS, Friedrichstrasse 158, I.

Warenhaus
ANDERS
am Bahnhof Wedding
Größtes Haus direkt am Nettelbeckplatz
Damen- und Herren-Garderobe
Riesige Auswahl
Auf Teilzahlung
Möbel
u. Polsterwaren
eigenes Fabrikat.
SPEZIALITÄT:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen und einzelne Möbelstücke
sowie farbige
Küchen-Einrichtungen
Riesen-Auswahl, billig. Preise
Sehr kulante Bedingungen
Kredithaus „Anders"
Größtes Haus direkt am Nettelbeckplatz
Reinickendorfer St. 16
an d. Gerichtstraße.

Kupferdrähte
Metalle
Kabeln und Litzen
für Auslandsbedarf
kauft Kabelvertrieb,
Joachim-Friedrich-St. 34
Amt Pfalzburg 4559.

Möbel
günst. Einkauf
Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

Mutti --- den Mantel!

So werden gewiß die Kleinen rufen, wenn Sie mit ihnen unsere Kinderfenster betrachten. Und freudig werden Sie selbst einsehen, wie gewaltig unsere Auswahl auch in Kindermänteln jeglicher Art ist und wie leicht Ihnen der Einkauf durch unsere außerordentlich niedrigen Preise gemacht wird.

C&A

Königstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz — Beim Stettiner Bahnhof
Sonntags geschlossen!

Unglaublich, aber wahr!
Ich zahle für
Alte Gebisse
mit gewöhnl. Plat.-Zähnen pro Zahn bis 5 M., jedoch
nicht unter 2,75 M. pro Zahn!
Für Plat.-Stift- u. Plattenzähne bis 40.— M. (nach Gewicht) Gold-Platin-Gebisse, wie Platin in jeder Form ebenfalls
lächerlich hohe Preise!
Ankauf: Hotel grüner Baum, Berlin W., Krausenstr. 56/58
tägl. 10—6 Uhr, Zimmer 1. Vogler, Berlin.
Keine Reisekosten und Spesen! 76/19

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Dertlos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 6 u. Nr. 186 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—6

Platina Gramm bis 46 Mark
Gold, Silber, alte Gebisse bis 750 Mark, Platinzähne von 2,50 bis 38 Mark kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, vorn II (Ecke Ackiamer Straße, nahe Brunnenstraße). [*

Große Posten: Lange
Militär-Pelze
(Nacktpelze)
Solange Vorrat reicht!
Neue, extra schwere Ware, pro Stück 200 Mk. **Wenig** getragene, aber in tadellosem Zustande, pro Stück 150 Mk. Geeignet für Landwirtschaft, Industrie, Kutscher, Chauffeure, Wächter usw., sowie zur Verarbeitung von Wagendecken und Fußsäcken. — Lieferung erfolgt als Wertpaket gegen Voreinsendung des Betrages und 3 Mk. für Verpackung und Porto oder nach Einzahlung auf das Bankkonto Darmstädter Bank Filiale X, Berlin W., Hohenzollerndamm 205. 180/1
Fritz Düren
Berlin W. 15, Hohenzollerndamm 11
Fernruf: Amt Uhland 9524.

Zigaretten
aus garant. reinem orientalischen Tabak, F-Banderole, o. Mundstück 1000 Stück 225 M. — Verkauf nur am Lager
M. Guttmann, Berlin O 27 Alexanderstraße 22 8 bis 5 Uhr

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende Zahnpaste

Als Redaktionsgehilfe s. journalist. befähigt. Gen. (M.-S.) Stell. Ang. u. W. 5 a. d. Exp. d. Bl.

Bei der Stadtgemeinde **Pforzheim** ist unter Uebereinstimmung sämtlicher Rathausparteien die Stelle des
Oberbürgermeisters
alsbald zu besetzen. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe ihrer Gehaltsansprüche beim Stadtrat Pforzheim bis zum 25. Oktober d. Js. einreichen.
Dienstwohnung mit Garten ist vorhanden.
Der Stadtrat. 10/12

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Königsberg i. Pr.
sucht zum sofortigen Antritt einen
Ortsbeamten.
Bewerber müssen mindestens 3 Jahre einer freien Gewerkschaft angehören, rede- und schriftgewandt, mit Geschäftsführung vertraut und in der Agitation bewandert sein.
Bewerbungsschreiben mit kurzgehaltenem Lebenslauf sind bis zum 15. Oktober mit der Aufschrift „Bewerbung" zu richten an **Karl Zimmermann, Königsberg i. Pr., Vorderrollgarten 61/62,** Zimmer 6. [30/20

Ein tüchtiger Putzer auf Zfoklerflaschen als **Meister** per sofort gesucht.
Deutsche Dewarflaschen-Gesellschaft,
Dresdener Straße 43. 10/11

Musternäherinnen
für Blusen im Hause bei hohem Lohn gesucht.
Textil-Fabrikation G. m. b. H., Beuthstr. 1-3.

S. P. D., Agitationsbezirk Frankfurt a. M.
Zum baldigen Eintritt wird ein 219/10*
Bezirkskassierer
gesucht. Bedingung: Mit dem Kassenwesen bestens vertraut, sowie organisatorische Fähigkeiten. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 10. Oktober zu richten an **Max Groger,** Bezirkssekretär, **Frankfurt a. M.,** Allerheiligenstraße 57.

Werkmeister
Erstklassiger Arbeitsleiter mit großer Erfahrung bei der Organisation, Verteilung und Uebersicht der technischen Arbeit einer vollständig modern eingerichteten, in Betrieb gehenden Motorfabrik in Uppsala, Nähe Stockholms, erhält sofort Stellung. Gute Kraft kann auf eine sehr vorteilhafte Stellung rechnen. Antwort erbeten an **„Motorfabrik Uppsala"** unter der Adresse **Cumanius Annonsbyrå, Stockholm, Schweden.**

Wir suchen per sofort für unsere Schreibmaschinen-Montageabteilung einen
Werkmeister.
Nur auf energische, zielbewußte und umsichtige, mit der Massenfabrikation bestens vertraute erste Kraft wird reflektiert.
Gefl. Offerten unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Bild u. Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an
Mercedes Büromaschinen- und Waffenwerke
Mehlis i. Thür. 10/14

Tüchtige, selbständig arbeitende Kaufleute
werden als Leiter für den Einkauf — Verkauf — Korrespondenz — Lagerverwaltung — Personalabteilung und Offertenwesen gesucht. Eintritt sofort. Bedingung: Uebernahme von 10 Anteilen. Offerten unter **N. 4444** an die Annoncen-Expedition **Heinr. Eisler, Berlin SW 48.** 140/8

---

1. Musternäherin
für Kleider und Blusen verlangen 70-2
Frank & Bernstein, Scharrenstr. 11—13.

Tüchtige 70/1
Zuschneiderin
gesucht.
Frank & Bernstein, Blusenfabrik, Scharrenstr. 11—13.

20-25% Vertreterprovision
erhalten rührige Damen und Herren für den Verkauf von dauernd u. reißend gekauften Artikeln. Off. unt. Hg. 31 an Ido-Zentrale Berlin W 50.

Bezirksverband Schleswig-Holst. der Sozialdemokrat. Partei Deutschlands
(Sitz Kiel)
Für den aus den Kreisen Stormarn, Segeberg und Lauenburg bestehenden Unterbezirk (Sitz in Oldesloe) wird zum baldigen Antritt ein agitatorisch und organisatorisch befähigter Genosse als
Parteisekretär
gesucht. Bewerbungen sind bis zum 15. Oktober an das Sozialdemokrat. Parteisekretariat in Kiel, Fährstr. 24 III, zu richten. **Der Bezirksvorstand.**

Junger Mann, 25 Jahr alt, 4½ Jahr im Feldlazarett als Sanitäter tätig gewesen, kautionsfähig (10000 M.) **sucht Stellung** als **Krankenwärter** oder auch als **Kontor-** oder **Kassenbote.** Gef. Off. postlagernd unt. **K. Sch.** an die Postagentur Bitzenburg a/U. *

Bleilöter
i. Wasserstoffblötung ges.
Bewerbung. unt. **T. 36** an die Exp. d. Bl.

Tüchtige Reisende
für neue, wichtige Spezialwerke und ill. praktische Zeitschriften bei hoher Provision sucht Fachschriften-Verlag, Stuttgart, Heusteigstr. 37. 10/10

Selbständ. Elektro-Monteur
sofort für Start- und Schwachstromanlagen in dauernder Stellung gesucht. 122/8
Ingenieur Martin Krause, Berlin W 57, Potsdamer Str. 38c.

Wir suchen per sofort oder später für unsere Stanzerei einen wirklich tüchtigen
Vorarbeiter od. Meister
in gutbezahlte und dauernde Stellung. Gehaltsansprüche, Zeugnis-Abschriften u. Bild an
Robert Schreiber & Co.,
Lampen- u. Metallwarenfabrik, Braunschweig, Rebenstr. 5.

Tüchtiger, wegen der Wohnungsverhältnisse am besten unverheirateter
Metalldrücker
auf Lampenfüße aus 0,50 Eisenbl., sofort in gutbezahlte und dauernde Stellung gesucht.
Robert Schreiber & Co.,
Metallwaren- u. Lampenfabrik, Braunschweig, Rebenstr. 5.

Einige 296
Adressenschreiberinnen
können sich unter Angabe der Gehaltsansprüche melden unter S. 36 Hauptexp. „Vorwärts".

Suchen zum möglichst sofortigen oder baldigen Antritt erfahrene erstklassige 862D
Stenotypistin.
Paulig & Stade, Großenhain S.

Straßenhändler
für den „Vorwärts"
stellt ein **Hauptexpedition,** Lindenstr 8.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Fritze, Steglitzer Straße 37, Laden. — Markusstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Melle, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Belziger Straße 27.
Charlottenburg: Sesenheimer Straße 1.
Steglitz: Zieseldecker, Schildhornstr. 11.
Hohenschönhausen: P. Schulz, Wriezener Str. 17 part., abends 5—7 Uhr.

Groß-Berlin

Wie Stimmung gemacht wird.

Im überfüllten Straßenbahnwagen war's, wo „der Mensch dem Menschen nähergerückt" ist. Ein gutgekleideter Fahrgast kam neben einem Manne zu stehen, dessen Kleidung ihn als Arbeiter kennzeichnete. „Na, Donnerstag geht's los!" hörten wir den Gutgekleideten zu dem Arbeiter sagen. — „Soo —?" — „Ja, da steht alles still. Die Elektrizitätsarbeiter machen hoffentlich ebenfalls mit". — „Haben sie's doch wieder geschafft!" sagte der Arbeiter vor sich hin. Eifrig redete der Werber weiter auf den Arbeiter ein, aber der antwortete einsilbig und abweisend. Der andere begriff endlich und brach ärgerlich ab: „Nun, dann sind Sie kein Genosse, dann gehören Sie nicht zu uns". Mitleidig sah der Mann im Arbeiterrock den Gutgekleideten an, ohne ihn eines Wortes zu würdigen. Da kam der Schaffner in den Wagen, um sich nach der vorderen Plattform hindurchzuwinden. Mit ihm band jetzt der Werber an: „Donnerstag geht's los! Da steht alles still. Sie machen doch mit?" — „Da hat mich", antwortete grob der Schaffner, „vorhin schon einer angequatscht, daß wir mitmachen müssen. Nun quatschen Sie mich auch noch an!" Sprach's und wies dem Verdutzten den Rücken. Der Gutgekleidete begriff diesmal rascher als vorhin. Still drückte er sich in eine gerade freiwerdende Ecke und schwieg, wie auf den Mund geschlagen.

Für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Frankieren nach den erhöhten Postsätzen.
2. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten lege Rückporto bei.
3. Glaube nicht, daß alle Einsendungen auch für die Oeffentlichkeit Interesse haben, und sei nicht gleich ungehalten, wenn die Redaktion anders darüber denkt.
4. Schimpfe nicht, wenn Dein Eingesandt nicht schon in der nächsten Nummer steht; wir leiden an chronischem Papiermangel und können auch nicht in derselben Angelegenheit hintereinander mehrere Zuschriften geben, dies würde dem Blatt einen monotonen Charakter geben.
5. Beschreibe Manuskripte nur auf einer Seite.
6. Schreibe nicht „heute oder morgen zu bringen", sondern nenne Tag und Datum.

So erleichterst Du uns unsere Arbeit und ersparst gegenseitigen Aerger und Verdruß.

Erwerbslosenproblem und Funkentelegraphie.

Uns wird geschrieben: Die mannigfaltigen Errungenschaften auf dem Gebiete des Verkehrs und der Technik zwingen zur Nutzbarmachung derselben angesichts der stets sich verschärfenden Zustände unseres Wirtschaftslebens. 4800 technisch geschulte und über alle einschlägigen Betriebskenntnisse verfügenden Funker der Armee, Marine und der Handelsflotte sind bezw. werden auf Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Anstatt die Funkentelegraphie in großzügigster Weise dem Erwerbsleben nutzbar zu machen und in alle interessierten Kreise hineinzutragen, so daß z. B. Redaktionen, Handelsfirmen, Industrieunternehmungen usw. mit Empfangs-Apparaten ausgerüstet werden, anstatt mit Hilfe dieser Kräfte einen geeigneten Apparat aufzuziehen, sollen diese Funker unproduktive Unterstützungsgelder beziehen. Sie wollen nicht Versorgungsansprüche nach dem Gesetz für Militäranwärter geltend machen, sondern verlangen Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit.

Seit März dieses Jahres betreibt das Reichspostministerium Vorversuche zur praktischen Einführung der Funkentelegraphie und ist über dieses Stadium wesentlich nicht hinausgekommen. Die Reichspost hat einen Plan veröffentlicht, durch den die Funkentelegraphie der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden soll. Wir sagen ausdrücklich „soll", denn von einer wirklichen Verwertung kann durch das Projekt keine Rede sein. Bis heute besitzen wir acht Funkenleitstellen, die auf die Beseitigung der Kalamität im Telegraphenverkehr keinerlei Einfluß ausüben. Wir brauchen auf die nur allzu bekannten Schwierigkeiten im Telegraphenverkehr nicht weiter einzugehen. Warum muß heute noch unsere Presse Radiosprüche über Amsterdam beziehen, anstatt sie selbst aufzunehmen? Das Reichspostministerium stellt sich diesen Bestrebungen hemmend in den Weg und verweigert aus leicht zu widerlegenden Gründen die Nutzbarmachung.

Warum betraut man nicht ein Reichsfunkamt mit der Wahrnehmung der Wünsche der vielen Interessengruppen, als da sind: Industrie, Presse, Handel, Heer, Post, Arbeitnehmergruppen usw., anstelle des den Forderungen der Zeit keinerlei Verständnis entgegenbringenden, verknöcherten Reichspostministeriums.

Wie lange noch —?

Der „Sport-Verein Halensee E. V.", Berlin W Kurfürstendamm 233, versendet folgendes Schreiben:

Geehrtes Mitglied!

Wir gestatten uns darauf aufmerksam zu machen, daß laut polizeilicher Erlaubnis uns Skatspiel gestattet worden ist, und unsere Räume ab 1 Uhr mittags geöffnet sind. Das Mittag- und Abendessen wird nach wie vor zu zivilen Preisen serviert.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Wir empfehlen den zuständigen Stellen, hier einmal nach dem Rechten zu sehen!

Zur Verwendung des Charlottenburger Schlosses.

Auf Wunsch des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hatten wir einen Protest der im Charlottenburger Schloß untergebrachten Kriegsbeschädigten veröffentlicht, worin sie sich gegen die Behauptung wehrten, daß der Kunstwert des Schlosses durch ihren Aufenthalt irgendwie beeinträchtigt worden wäre.

Darauf erhalten wir jetzt vom Finanzministerium eine längere Zuschrift, aus der hervorgeht, daß nicht eine Beschimpfung der Kriegsbeschädigten beabsichtigt war. Es sollte nur eine sachliche Prüfung vorgenommen werden, ob in den vorhandenen Räumen überhaupt ein orthopädisches Dauerlazarett eingerichtet werden könne. Das Finanzministerium ist der Auffassung, daß trotz aller Veränderungen bei der Unzulänglichkeit des Vorhandenen eine brauchbare Anlage nicht zu erzielen ist, da ein solches Lazarett noch viele Jahre bestehen muß. Für die Kriegsbeschädigten soll aber in bester Weise gesorgt werden.

Beachtet die neuen Postgebühren.

Der ab 1 Oktober 1919 geltende PostTarif

Ein eigenartiges Monopol.

Uns wird geschrieben: Bekanntlich leidet Berlin nicht unter dem Ueberfluß an billigem Obst. Wenn man den Ursachen dieser Erscheinung nachgeht, kommt man zu dem Ergebnis, daß immer noch nicht genügend getan wird, um eine regelmäßige Belieferung des Marktes zu billigen Preisen zu ermöglichen. Bezeichnend ist dafür das Geschäftsgebaren der „Badischen Obstversorgung in Karlsruhe, die das zu einem Höchstpreise von 20 bis 25 Mark pro Zentner aufgekaufte Obst, soweit es für Berlin bestimmt ist, lediglich an den Händler Franz Bergenthal abgibt, der schon im Kriege das Monopolgeschäft für badisches Obst gehabt hat, und es jetzt hier zu den höchsten Marktpreisen (75 bis 80 M. pro Zentner) verkauft. Jeden Tag läuft eine Reihe von Wagen der Badischen Obstversorgung für Herrn Bergenthal ein; sein Gesamtverdienst während des Monats September wird auf mindestens eine Million Mark geschätzt. Ganz abgesehen davon, daß dieses Geschäftsgebaren doch einmal nach dem Wucherparagraphen untersucht werden sollte, ist es doch geradezu unerhört, daß die Berliner Bevölkerung dem Monopol eines einzelnen Mannes ausgeliefert ist. Das badische Volk weiß von diesen Machenschaften nichts, und auch im badischen Ministerium scheint man darüber nicht unterrichtet zu sein, daß die Obstversorgung Berlins mit badischem Obst einem einzelnen Händler anvertraut ist. Hier einzugreifen, wäre Pflicht des Magistrats. Zu bemerken ist, daß die badische Obstversorgung das alleinige Ausfuhrrecht mit der Begründung erhalten hat, daß Baden gegen das Heraufschnellen der Obstpreise geschützt werden soll. Gibt es da aber keinen Weg, um die Berliner Bevölkerung vor der Uebervorteilung durch einen einzigen Händler zu schützen?

Der Zentralverband deutscher Arbeiter- und Schrebergärten hielt in Berlin seine erste Hauptversammlung nach dem Kriege ab. Es konnte Uebereinstimmung über wichtige Maßnahmen zum Schutze der Kleingartenbesitzer auf Grund des neuen Reichsgesetzes und über die Düngemittel erzielt werden. Ebenso sollen die neuzeitlichen Pläne über Eingliederung der Gartensiedelungen und die Bebauungspläne der Städte energisch weiter verfolgt werden. Hinsichtlich der Organisation fanden die Vorschläge auf Schaffung von Staats-, Provinzial- und Lokalverbänden, die wiederum mit einer Reichsstelle für den Kleingarten, Provinzial- und städtischen Kleingartenämtern in Verbindung zu treten haben, einstimmige Annahme.

Die Georgen-Kirchengemeinde und ihre Pächter. Die Georgen-Kirchengemeinde besitzt an der Landsberger Allee—Knipprodestraße große Ländereien, die sie durch einen Mittelsmann an Kolonisten verpachtet hat. In einer Versammlung der Kolonisten der Kolonie Transvaal II haben sich diese mit ihrem fernieren Verhältnis zur Grundeigentümerin auseinandergesetzt. Da es Generalpächter nicht mehr geben darf, will die Kirchengemeinde zwischen sich und die Kolonisten einen „Bevollmächtigten" einschieben. Das haben aber die Kolonisten abgelehnt. Trotzdem die Georgen-Kirchengemeinde ihre großen Ländereien einmal geschenkt erhalten hat, versucht sie es immer wieder mit Pachtsteigerungen, diesmal um 20 Proz. Sowohl hinsichtlich der Pachtsteigerung wie auch der Einsetzung des „Bevollmächtigten" dürfte die Aufsichtsbehörde der Kirchengemeinde einen Strich durch die Rechnung machen.

Das Berliner Brockenhaus, ein Wohltätigkeitsverein, erklärt im § 4 der Satzungen, weder politischen noch einseitig religiösen Interessen zu dienen. An Leute, die sich auf eine pseudonyme Werbeanzeige in der „Kreuzzeitung" an „Kaiser-Wilhelm-II.-Getreue" melden, schreibt er aber: „Unser Verein ist von Seiner Majestät besonders geschätzt. Auch aus Ameronzen haben wir gleiche Anerkennungen erhalten. Daß wir treu zur alten Monarchie stehen und über des Kaisers Verdienste unser Volk nur aufklären, verschafft uns einflußreiche Gegner. Um diesen uns nicht ergeben zu müssen, bedürfen wir neuer Freunde." — Unpolitisch ist das schon nicht, da beißt keine Maus einen Faden ab.

Ueber zwei Totschlagsversuche wird aus Neukölln berichtet. Der 38 Jahre alte Schlosser Max Susseth in der Hobrechtstr. 8 lebte mit seiner 27 Jahre alten Frau Selma schon länger in Unfrieden. Es kam zwischen den Eheleuten öfter zu Zank und heftigen Auftritten. In der vergangenen Nacht kehrte Susseth erst um 12 Uhr heim. Auch jetzt gab es wieder einen Wortwechsel mit seiner Frau, die wach im Bette lag. Susseth, der seiner Behauptung nach angetrunken war, wurde so erregt, daß er nach der Küche lief, eine Flasche Aether holte und die Flüssigkeit seiner Frau ins Gesicht goß. Als diese darauf laut um Hilfe rief, packte er sie und versuchte sie aus dem Fenster des dritten Stocks hinauszuwerfen. Die Frau wehrte sich nach Kräften und schrie noch lauter. Es kamen Nachbarn hinzu und befreiten sie aus den Händen des Mannes. Die Polizei nahm Susseth fest und brachte die Frau, die arge Verletzungen im Gesicht erlitten hat, nach dem Krankenhause Buckow.

Noch grausiger ist ein Verbrechen in der Erlanger Straße 6. Dort wohnt eine Witwe Therese Hermann, die ein Verhältnis mit einem 34 Jahre alten Gefreiten Gustav Schadow aus Ihehoe unterhielt. H. lag gestern vormittag zu Bett und erwartete die Hebamme. Plötzlich trat ihr Geliebter, der am Michaelkirch-

Erleuchtung.

81] Roman von Henri Barbusse.

Verdeutscht von Max Hochdorf.

Tudor ist im Artois an den Augen verwundet worden. Er tastet und zögert beim Gehen. Die Baronin hat ihm eine kleine Stellung in der Schloßküche verschafft.

Die Leute sagen: „Wie sie gütig zu den Invaliden ist, sie ist die wahre Wohltäterin!"

Aber jetzt kann ich mich nicht mehr zurückhalten, und ich sage laut: „Nein, der Wohltäter steht dort!" Und ich deute auf dieses Menschengetrümmere, in das dieser einst junge Mensch verwandelt worden ist. Ich deute auf diesen armseligen, umdüsterten Zweifüßler, der seine Augen vor dem Tageslicht niederschlagen muß. Und Tudor der mitten in dem Menschenschwarme steht, muß sich gegen einen Baum lehnen. Es sieht aus, als wenn er an einen Richtpfahl gebunden wäre.

Und die Leute flüstern: „Ja, ja, im Grunde ist es so!" Sie tun es so nüchtern, sie zwinkern auch mit den Augen, als wenn der Anblick dieses armen Wohltäters ihnen zu spät die Aufklärung gebracht hätte. Aber die Posaune braust. Und in dem schwärmenden Gelärme hört man die Leute nicht mehr, sie hören sich selber nicht mehr. Der Triumphmarsch braust vorbei. Mit seiner ganzen körperlichen Wucht braust er vorbei. Vorwärts! Marsch! Du kannst nicht wissen! Die Gaffer und Lauscher pumpen sich voll mit diesem Musikgedröhne, sie quellen über davon, sie klatschen Beifall.

Der Festestrubel ist zu Ende. Wer gesessen hat, steht auf. Fontan, der eingeschlafen war, setzt wieder mühevoll seinen Zylinderhut auf den Kopf. Der Hut ist zu eng. Er muß ihn drehen und förmlich am Schädel anschrauben, und er schneidet dabei eine Fratze. Dann lächelt er mit seinem zahnlosen Munde. Alle beglückwünschen sich unter einander. Sie schütteln sich die Hände. Nach dieser patriotischen Verbrüderung werden sie zu ihren Rechenmaschinen und zu ihrer Selbstsucht zurückkehren. Sie fühlen sich verherrlicht, geweiht und verschönert von ihrer Lust am Eigennutz. Sie werden heftiger als je ihre persönliche Sache mit der Sache der Menschheit vermischen und ausrufen: „Wir allein bedeuten die Welt!"

Der Redner, der dicht vor uns gesprochen hat, streift im Vorübergehen Brisbille. Der Schmied schleudert ihm einen wütenden Blick zu und schreit: „Rechtsverdreher!" Dann bedenkt er den Redner noch mit einem kräftigen Schimpfwort.

Aber das Posaunieren ist ja entfesselt. Man sieht nur, wie der Mund des Schmiedes aufspringt, und in Herrn Mielvaque tanzt es vor Wohlgefallen. Mielvaque ist auch garnisondienstunfähig erklärt worden, und er soll seine alte Stelle wieder antreten. Seine Schreiberseele ist elender als jemals. Er ist abgewetzt und abgeschabt und geflickt. Er ist noch dürrer geworden und noch mehr durch die verzweifelt lange Arbeit zusammengekrümmt. Er pflegt die abgenutzten Spuren seines Mantels mit Tinte zu übertünchen. Jetzt windet er sich vor Lachen. Er deutet auf Brisbille, dem die Musik das Wort abgeschnitten hat, und er brüllt mir ins Ohr: „Das sieht aus, als wenn der Kerl singen wollte!"

Frau Marcassin zeigt sich dann. Ihr Gesicht ist wie gelähmt. Der Verlust, an den sie unaufhörlich denkt, hat ihre Züge entstellt. Auch sie klatscht zu all' dem Gerassel Beifall. Und ihr Blick, der wie ein Lämplein erloschen ist, blitzt einen Augenblick auf. Geschieht das nur, weil heute die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie gerichtet ist?

Eine Mutter, die auch durch den Verlust ihres gefallenen Sohnes schwer getroffen ist, spendet bei dem Einsammeln für den „Bund zur ewigen Erinnerung" ihren Nickel. Sie bringt die dürftige Mithilfe einer armen Frau zu den Menschen, die da sagen: Erinnert euch an das Uebel, nicht, um es zu vermeiden, sondern, um es von neuem zu tun! Spornt die Ursache des Hasses mit allen Mitteln an! Machet aus der Erinnerung eine ansteckende Krankheit! Sie blutet selber im Weh und ist doch selber blutdürstig nach dem Weh der anderen. Sie ist von der stumpfen Eigensucht der Rache entflammt. Sie streckt der Sammlerin ihren Arm entgegen. Sie schleppt ein Mägdelein nach sich, das doch eines Tages selber wieder eine Mutter werden soll. Dorten verschlingt ein Lehrling mit seinem Blicke förmlich die Uniform eines Offiziers. Der junge Mensch bleibt wie gebannt, und das Himmelblau und das prächtige Rot färben in seinen Augen ab. Und in diesem Augenblicke wird es mir recht klar, daß die Schönheit der Uniformen noch boshafter als töricht ist.

Ach, die entsetzliche Prophezeiung, die ich einstmals gehört habe, sie ist noch immer in meine Gedanken eingeschlossen, und sie hämmert in meinem Schädel. Sie besagt: „Ich habe Vertrauen in den Abgrund des Volkes!"

•

Ich bin verletzt durch alles, was ich sehe. Ich vergrabe mich in meinem Winkel. Die Wahrheit ist schlicht, aber die Welt ist es nicht mehr. Es gibt soviele Dinge, die noch zu lösen sind. Wie kann die Wahrheit, die noch so schwach ist, jemals siegreich werden? — Wie kann die Wahrheit jemals all' die Menschen heilen, die noch nicht zur Klarheit aufgerüttelt sind? Ich leide, da ich so ohnmächtig und schwach bin. Ich leide, da ich nur das bin, was ich bin. Weh, die Wahrheit ist hienieden verurteilt zum Schweigen, und die Seele kann nur einen Schrei lösen, der bald in sich selber erstickt.

Ich suche nach einer Stütze, ich möchte jemanden finden, der mich nicht allein läßt. Ich bin zu sehr allein. Meine Augen starren suchend in die Weite. Aber nur Brisbille ist sichtbar!

Sichtbar ist nur diese weindurchtränkte Gliederpuppe, dieses Zerrbild von einem Menschen. Jawohl, er allein ist sichtbar! Kommt man ihm näher, dann wird er noch wilder von dem Rausch herumgewälzt. Die Trunkenheit besudelt ihn über und über. Sein Blick ist weinfeucht. Seine Wange ist wie aus Lehm gebrannt. Seine Nase ist ein Bratapfel. Eine Locke, die zausig herunterhängt, verdeckt ihm das eine Auge. Da er so unter uns steht, scheint er von einem Wirbel herumgeschleudert. Einen Augenblick stellt er sich vor mich hin, und er schleudert mir wütende Worte ins Gesicht. Aber in diesen Reden erkenne ich die Wahrheiten, an die ich selber glaube!

Dann möchte er mit verzweifelten Bewegungen, deren Schwerfälligkeit er nicht gewachsen ist, irgendwelches Zerrbild der Reichen entwerfen. Er möchte sie zeigen mit ihrem aufgedunsenen Wanst, der wie ein Goldsack aufgeblasen ist. Er möchte die Reichen entlarven, wie sie sich auf das Proletariat niedersetzen, um ihm die Nase in den Sumpf zu drücken. Er richtet die Augen zum Himmel hinauf, er preßt die Hand aufs Herz und schreit: „Vor allem darf es keine Klassenkämpfe mehr geben!" Der Mann, dessen Gesicht dort so kindlich verzerrt und dessen Gehirn so verstopft ist, verrät doch in all seiner Ungelenkigkeit eine entsetzliche Wahrheit. Es ist, als entlade sich aus alledem der Menschen Leidensschrei mit einem tierischen Laute.

(Forts. folgt.)

platz untergebracht ist, mit einem Hammer an sie heran und versetzte ihr in der Nähe der Schläfe mehrere Hiebe, die klaffende und blutende Wunden an der linken Kopfseite hervorriefen. Auf das Hilfegeschrei der Wehrlosen eilte die Nachbarin Johanna Markucki herbei und warf sich dem Gefreiten mutig entgegen. Sie hatte noch gesehen, wie dieser dreimal zuschlug. Dann packte sie ihn und entriß ihm im Ringkampf den Hammer. Schadow wurde festgenommen, die schwerverletzte Frau nach dem Entbindungsheim am Mariendorfer Weg gebracht.

Wegen Verbrechens gegen das keimende Leben wurde eine 57 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Kockegy aus der Kniesebeckstr. 89 zu Neukölln verhaftet. Sie „behandelte" in ihrer Wohnung ein 20 Jahre altes Mädchen mit dem Ergebnis, daß es ihr unter den Händen starb. Um die Todesursache zu verschleiern, verstümmelte sie die Leiche und ließ sie dann noch vier Tage lang in ihrer Wohnung liegen. Die Obduktion brachte Licht in den dunklen Todesfall, und Frau Kockegy wurde festgenommen. Sie gab dann auch zu, „Hilfe" gewerbsmäßig geleistet und dafür Entgelt genommen zu haben.

Schwerfälligkeit in der Krankenversorgung.

In einer Zuschrift an den „Vorwärts" wird Klage darüber geführt, daß es in Schmargendorf den Kranken besonders erschwert werde, in den Besitz der Krankennahrungskarten zu gelangen. In einem Fall mußte der Kranke 10 Tage lang auf die Genehmigung des Attestes warten. Ein scharlachkranks Kind bekam erst nach 11 Tagen Milch und Weißbrot. — Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch in Schmargendorf, wie in anderen Gemeinden Groß-Berlins, den Kranken die Karten unverzüglich ins Haus geschickt werden. Es ist an der Zeit, daß Schmargendorf sich daran ein Beispiel nimmt.

Wieder eine Beraubung einer Regimentskasse. In der Nacht zum Mittwoch erbrachen die Kanoniere Elze und Lange vom leichten Freiwilligen-Artillerie-Regiment Nr. 30, das in der Garde-Kürassier-Kaserne in der Friesenstraße untergebracht ist, die Kasse des Regiments und raubten daraus ungefähr 75 000 M. bares Geld und Wertpapiere. Bevor der Raub entdeckt worden, waren die beiden Kanoniere verschwunden. Sie werden jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Beide tragen Zivilkleidung, sind klein und haben ein bartloses Gesicht.

Vereitelte Zuckerschiebung. Zu dieser Notiz in unserer Dienstag-Abendausgabe teilt uns der Geschäftsführer der Speicherei Broß mit, daß er nicht verhaftet wurde.

Tribünenkarten für die Stadtverordnetensitzung. Die Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlungen haben beschlossen, Tribünenkarten für die Besucher der Stadtverordnetensitzungen einzuführen. Ueber die Art der Verteilung wird noch näheres bekanntgegeben werden.

Auflösung von Kommunistenversammlungen. Zu dieser, einer Lokalkorrespondenz entnommenen Meldung schreibt uns der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlin, es sei nicht wahr, daß die Arbeitslosenversammlungen vertagt wurden, um sie am Abend wieder unter falscher Flagge zu eröffnen. Wahr sei, daß am Nachmittage Arbeitslosenversammlungen stattgefunden haben, die vom Arbeiterrat der Arbeitslosen einberufen waren, von denen aber nur zwei Versammlungen infolge des Saalmangels am Abend in denselben Lokalen stattfanden, wie die Abendversammlungen. Die Arbeitslosenversammlungen standen in keinerlei Beziehung zu den Abendversammlungen der K. P. D., was schon daraus hervorgeht, daß die kommunistischen Versammlungen erst am Dienstag bekannt wurden, während die Arbeitslosenversammlungen bereits am Freitag beschlossen wurden und die Genehmigung dafür bereits am Sonnabend vormittag vorlag.

Eine öffentliche Protestversammlung aller Badefreunde gegen die Schließung der Hallenbäder findet am Mittwoch, den 8. 10., statt. Der Saal wird noch bekanntgegeben.

Speisewagen im Winterfahrplan. Der Betrieb von Speisewagen ist bekanntlich wegen des Mangels an Kohlen und Lokomotiven erheblich eingeschränkt. Es ist dies überall geschehen, wo es die Rücksicht auf die Bewältigung des übrigen Verkehrs erfordert. Nur wo die Betriebslage es gestattet, werden noch Speisewagen geführt. Man hat diese vor allem auch deshalb beibehalten, um den Angestellten der Speisewagenbetriebe ihr Brot nicht zu nehmen. So sind auch wieder im Winterfahrplan eine beschränkte Reihe von Speisewagen vorgesehen. Sie sollen gefahren werden, solange nicht weitere Einschränkungen notwendig werden. Die Wagen sind vorgesehen im Verkehr von Berlin mit Hannover, Düsseldorf, Köln, Kassel, München, Breslau, Myslowitz und Wirballen, ferner zwischen Hamburg und Frankfurt, Frankfurt und Leipzig, Leipzig und Köln, Hannover und Dresden.

Geschäftszeit der Brotkommissionen. Vom 6. Oktober ab sind die Brotkommissionen für das Publikum nur noch für die Zeit von 9—1 und 3—4 Uhr geöffnet. Nur diejenigen Personen können abgefertigt werden, die bis 1/4 4 Uhr erschienen sind. Der Sonntagsdienst bleibt bestehen.

Städtische Maschinenbauschule. Die bisher in der Straßmannstraße 6 untergebrachte dreiklassige Fachschule für Maschinenbauer ist am 1. Oktober zu einer vierklassigen Anstalt ausgebaut worden. Der Unterricht an der untersten (vierten) Klasse, neuer Lehrplan, findet in der Beuthschule, Berlin N 65, Am Zeppelinplatz, statt; die 2. und 1. Klasse (alter Lehrplan) verbleiben zunächst noch in der Straßmannstr. 6. Meldungen zur 4. Klasse für Herbst 1919 (Zahl der Plätze beschränkt) und für Ostern 1920 sind umgehend an Herrn Direktor Volk, Am Zeppelinplatz, zu richten.

Zirkus Busch. Das gegenwärtige Programm mit der Pantomime „Aphrodite" hat eine derartige Nachfrage nach bestimmten Plätzen hervorgerufen, daß sich die Direktion hat entschließen müssen, den Vorverkauf drei Tage voraus zu legen, um den seitherigen, sich auf den Spieltag zusammendrängenden Ansturm etwas mehr zu verteilen. Dienstag und Freitag jeder Woche fallen die circensischen Künste aus. An diesen beiden Wochentagen finden ausschließlich Boxkämpfe statt.

Ufa-Theater: „U. A. w. g." Nach langjährigen Vergessenheit ist das ehemalige „Zentraltheater" in der Alten Jakobstraße wieder zum Leben erweckt worden. Eine „Revue" in drei Bildern nebst einem Vor- und Nachspiel „U. A. w. g." oder „Um Abdankung wird gebeten", oder was sonst für eine Ausdeutung der vier Worte beliebt wird, soll vorerst dieser neuesten aller Unterhaltungsstätten die Existenz gewährleisten. Hierbei sind drei Väter behilflich gewesen: Leo Leipziger und Alfred Berg verantworten den Text, Victor Holländer gab die Musik, das Beste am Ganzen. Die Textverfasser haben sich die Verulkung alles zurzeit Bestehenden vorgenommen. Der Umsturz durch die Revolution im November bildet den Auftakt. Der Fürst Soundso muß abdanken. Besondere Leibschmerzen scheint ihm die Verabschiedung nicht zu machen. „Jetzt macht Euch Euren Dreck alleene", ruft er den Volksvertretern nach bekanntem Muster zu — und will künftig im Film auftreten. In den folgenden Bildern wird die errungene „Freiheit" auf ihrem schwierigen Wege von der Theorie zur praktischen Anwendung zu kennzeichnen versucht. Man kennt ja alle die Straßenvorgänge, als da sind: allerhand Händler, streikender Verkehr, Einbrecher usw. Manches ist recht witzig, beispielsweise die Verhahnepipelung der neuen Polizei. Das Auftreten des Zensors in Schwarz mit langwehendem Trauerflor erweist sich jedenfalls als stürmisch belachter Schlager. Mathias Erz- nein Wechselberger geht als gelungene Moritat über die Bühne; männiglich kann sich jetzt mal gründlich an ihm weiden. Auch Wilson tritt in seiner Maklereigenschaft hervor, und zwar so, daß er allen Gaumen zusagt. Ob delikat oder nicht ist bei dieser Zurichtung freilich eine andere Frage. Man hat aber für Kurzweil gesorgt: ungemein farbige Szenerien, Ballettfeerie, Leben draußen wie drinnen. Joseph Josephi steht im Mittelpunkt der großen Aufgebote. Summa summarum: ein lustiger Jahrmarkt — ohne politische Anschauung.

ek.

Neukölln. Eröffnung der Volkshochschule. Die Vorlesungen der Volkshochschule Neukölln beginnen am 18. Oktober. Für das Vierteljahr Oktober/Dezember sind 26 Kurse (5 Abende mit Doppelstunden) vorgesehen. Die Vorlesungen finden in den Aulen der städtischen Schulen in der Zeit von 6 bis 8 bzw. 8 bis 10 Uhr abends statt. An Gebühren werden erhoben: Einschreiben 1 M., für jeden Kursus 8 M., Doppelkurse 6 M. Für Einschreibung und Ausstellung der Hörerkarte ist das Bureau, Rathaus, Zimmer 220, vom 8. bis 11. Oktober, werktäglich von 10—1 Uhr und 4—7 Uhr geöffnet. Vorlesungsverzeichnisse sind vom 3. Oktober ab in den „Vorwärts"-Speditionen Neckarstr. 8 und Siegfriedstr. 23 erhältlich.

Bei der Eröffnung wird Ministerpräsident Hirsch über „Kulturaufgaben der Gemeinde" sprechen.

Wilmersdorf. Städtische Müllbeseitigung. Die Müllbeseitigung ist am gestrigen Tage in Wirksamkeit getreten. Die städtischen Körperschaften haben 850 000 M. für die Beschaffung von 8000 Müllgefäßen bewilligt und das Hausmüll aller Gebäude Wilmersdorfs wird jetzt in städtischem Betriebe abgefahren und beseitigt. Wilmersdorf konnte nur deshalb so rasch die Müllbeseitigung verstadtlichen, weil es das Müll zur Zuschüttung des Wilmersdorfer Sees im neuen Seepark verwendet. Dorthin kann das Müll auf 4 bis 5 Jahre hinaus geschüttet werden, ehe sich eine feste Decke über dem Seeschlamm bildet. Binnen wenigen Wochen wird der Wilmersdorfer See vollständig zugeschüttet sein. Dann bedarf es aber noch mehrerer Jahre, ehe mit dem Hausmüll auf dem Untergrund eine feste tragfähige Decke hochgeschüttet werden kann, auf die dann die Erde zur Anlage von Pflanzungen und Spielplätzen gebracht wird.

Tempelhof. Einrichtung eines Wochenmarktes. Einem langgehegten Wunsch der Einwohnerschaft entsprechend, hat der Gemeindevorstand beschlossen, einen öffentlichen Wochenmarkt einzurichten und zwar auf dem neben der alten Dorfkirche und dem Gemeindepark idyllisch gelegenen Reinhardtplatz, der nach Zuschüttung des dort vorhandenen kleinen Teiches ursprünglich als Kinderspielplatz in Aussicht genommen war. Nachdem für die Kinderspiele in dem neuen Gemeindepark an der Boseſtraße ausreichend gesorgt worden ist, soll der Reinhardtplatz aufgeschüttet und gepflastert werden. Er bietet Raum für mehrere Hundert Stände und liegt inmitten des alten Ortsteils außerordentlich günstig für die Einwohnerschaft und den Verkehr. Die Kosten der Herrichtung des Platzes zum Wochenmarkt sind auf 40 000 M. veranschlagt.

Marienfelde. Aus der Gemeindevertretung. Die neugewählten Schöffen Thieroff (SPD.), Greulich (USP.), Dr. Jacobsohn (Dnat.) wurden durch den stellvertretenden Gemeindevorsteher, Schöffen Beyrodt, in ihr Amt eingeführt. Die Satzungen des Lehrerausschusses wurden einer Kommission überwiesen. Dem Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter nach dem Muster Groß-Berlin wurde zugestimmt. Die Kommissionen wurden durch Zuruf neu gewählt. Eine recht lebhafte Aussprache verursachte der Antrag auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern, man einigte sich schließlich auf folgender Basis; der stellvertretende Gemeindevorsteher erhält unter Fortfall der Pauschalsumme für die Lebensmittelverteilung vom Tage der Uebernahme der Geschäfte (15. Mai) eine Entschädigung von 750 M. pro Monat, die übrigen Schöffen eine solche von 1200 M. pro Jahr, ferner alle Gemeindevertreter und Kommissionsmitglieder für jede Sitzung 6 M. Falls an einem Tage zwei Sitzungen stattfinden sollten, zählen diese nur als eine Sitzung. Beamte erhalten diese Anwesenheitsgelder nur, wenn die betreffende Sitzung außerhalb der Dienstzeit stattfindet. Der am 30. 8. gefaßte Beschluß auf Auflösung des Schulkuratoriums ist von der Regierung beanstandet worden. Der Gemeindevorsteher Dr. Klomfaß teilt mit, daß er das Disziplinarverfahren gegen sich eingeleitet hat.

Schöneberg. 180 Millionen Mark Einlagenbestand hat die Schöneberger Sparkasse am 25. September 1919 überschritten. Seit dem 27. Dezember 1917 ist ein Einlagenzuwachs von 80 Millionen Mark eingetreten.

Soziales.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

In der Nr. 464 des „Vorwärts" habe ich eine notwendige Ergänzung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge zum Schutz des Reichs und der Krankenkassen gegen unberechtigte und mißbräuchliche Ansprüche gefordert. Nachstehende Ausführungen sollen dem Verlangen nach einer Ausführungsbestimmung zum Schutze der Wöchnerinnen dienen.

Der § 10 des neuen Gesetzes bestimmt durchweg, daß die versicherungsfreien Ehefrauen, Töchter, Stief- oder Pflegetöchter der Versicherten als Familien-Wochenhilfe die schon besprochenen Leistungen des § 195 a erhalten. Wie ist nun die Rechtslage, wenn sowohl der Vater wie die Mutter Kassenmitglieder sind und als solche zwei verschiedenen Krankenkassen angehören? Sollen die versicherungsfreien Wöchnerinnen im Gegensatz zu den versicherungspflichtigen und minderbemittelten jungen Müttern in einem solchen Falle die Möglichkeit haben, doppelte Wochenhilfe zu beziehen? Das hat die Nationalversammlung mit Bestimmtheit nicht gewollt, leider aber auch nicht klar in das Gesetz zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls läßt aber der Hinweis auf den § 195 a den Schluß zu, daß auch die versicherungsfreie Wöchnerin nur die dort aufgeführten Leistungen, also eine einmalige Wochenhilfe zu beanspruchen hat. Sache der Krankenkassen wird es sein, sich und den Staat gegen mehrfache Inanspruchnahme zu schützen.

Welche Krankenkasse ist nun aber zur Gewährung der Wochenhilfe an eine unverheiratete, versicherungsfreie Wöchnerin verpflichtet, wenn die Eltern, also Vater und Mutter, zur Zeit der Entbindung ihrer Tochter versichert sind und zwei verschiedenen Krankenkassen angehören? Die Kasse, bei welcher der erste Antrag eingeleitet, oder diejenige Kasse, bei welcher der Vater versichert ist, oder diejenige Kasse, bei welcher die längste Versicherungsdauer der Eltern vorliegt? Das neue Gesetz schweigt sich auch darüber völlig aus, und schafft dadurch für diese Wöchnerinnen eine unerträgliche Rechtsunsicherheit.

Weiter, was geschieht, wenn beide Krankenkassen, gestützt auf irgendwelche Erwägungen oder die mangelnde Rechtsvorschrift, die Unterstützung verweigern? Die Wöchnerin kann wohl bei dem zuständigen Versicherungsamt Klage erheben. Da aber infolge der fehlenden Vorschrift über die leistungspflichtigen Krankenkassen dem Versicherungsamt die Möglichkeit genommen ist, einen bestimmten Versicherungsträger zur Gewährung der Wochenhilfe zu verurteilen, würde die Wöchnerin trotz ihres Anspruchs an zwei Kassen tatsächlich ohne Wochenhilfe bleiben.

Das geht natürlich nicht an, und deshalb muß sofort, mindestens bei den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge im Interesse der Wöchnerinnen klargestellt werden, welche Krankenkasse bei den versicherungsfreien unverheirateten Wöchnerinnen leistungspflichtig ist.

Bis zu dieser Klärung dürfte es ratsam sein, daß bei unverheirateten versicherungsfreien Wöchnerinnen in erster Linie diejenige Krankenkasse Wochenhilfe gewährt, bei welcher der Vater, Stief- oder Pflegevater der Wöchnerin versichert ist. Da der § 197 der Reichsversicherungsordnung auch für die Familien-Wochenhilfe Geltung hat, ist es m. E. bedenkenfrei, daß die Leistungsgewährende Kasse auch diejenigen Krankenkassen zum Ersatz heranzieht, bei denen die Mutter der Wöchnerin im Laufe des letzten Jahres vor der Niederkunft der Tochter versichert war. Dadurch würde das Risiko der vorläufig unterstützenden Krankenkasse auf ein erträgliches Maß herabgedrückt werden.

Gustav Wasewitz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Beamtinnen der Post- und Telegraphenverwaltung hatten sich Dienstag in der Aula Tempelhofer Ufer 2 zusammengefunden. Mit eindringlichen Worten wies Genossin Adele Schreiber auf die Forderungen und Wünsche der Frauen, insbesondere der Beamtinnen, in der neuen Zeit hin und betonte, daß das von der großen Masse erstrebte Ideal allein durch den Sozialismus auf demokratischer Grundlage erreicht werden kann. Nach ausgiebiger Aussprache trat der größte Teil der noch nicht politisch organisierten Beamtinnen der Partei bei.

Werbeausschuß für Post und Telegraphie. Freitag abend 8 Uhr im Sitzungszimmer, Bellevuestr. 7 II, erweiterte Bezirksleiter-Konferenz.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Donnerstag abend 7½ Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag des Genossen Sternberg: „Hat das Leben einen Zweck?" Gäste willkommen. Arbeitsausschußsitzung 6 Uhr.

Niederschöneweide. Frauenabend Donnerstag, den 2. Oktober, bei Alten, Berliner Str. 42. Ref.: Genossin Todenhagen. Thema: „Die Lehre von Rußland und Ungarn."

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Kleines Schauspielhaus, Fasanenstr. 1, Ecke Hardenbergstraße: Maria Magdalene, Trauerspiel von Friedrich Hebbel. Karten a 1.50 und 0.15 M. Garderobengebühren sind erhältlich in sämtlichen Berliner „Vorwärts"-Expeditionen, in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3 und bei Horsch, Engelufer 15, sowie Steglitz, Ziegeldecker, Schildhornstr. 11; Charlottenburg, Scharnberg, Seesenheimer Str. 1; Striemer, Tauroggener Str. 11; Wilmersdorf, Schubert, Galteiner Str. 12; Friedenau, Petermann, Rheinstr. 27; Schöneberg, Bäumler, Belziger Str. 27; Lichtenberg, Seikel, Gartenbergstr. 1; Neukölln, Heinrich, Neckarstr. 2; Marienfelde, Kunstedt, Kranichstr. 5.

„Lassalle"-Vorlesung. Max Schievelkamp, der Autor des Schauspiels „Die Spinne", wird am Donnerstag, den 9. Oktober d. J., 8 Uhr abends, im Harmoniumsaal, Steglitzer Str. 35, sein Drama „Lassalle" vorlesen. Das Werk wurde bereits im Frühjahr 1918 vollendet, wurde vom Autor aber aus politischen Gründen bisher zurückgehalten. Karten zu 5, 3 und 2 M. sind bei Bote u. Bock und A. Wertheim zu haben.

Preiswerte Damenhüte

Im Erdgeschoß:
Filzhüte ..... M. 19, 24, 29, 39
Velourhüte . M. 38, 45, 55–85
Samthüte ... M. 62, 72, 85, 95
nur echter Samt
Zylinderhüte M. 65, 95, 110–150

Modellhaus
Auguste Münzer
Berlin W 8
Markgrafen-Straße 28
zweites Haus von der Leipziger Straße

Im 1. Stock:
:: Ausstellung ::
der neuesten Modellhüte
für Theater, Gesellschaft und Sport
Große Auswahl in
modernen Schleiern u. Hutblumen